

Das Rohstoffproblem ¹⁾

Von Adolf Grabowsky

Inhalt:

I. Das Rohstoffproblem als Beschaffungsproblem.	Seite 477	IV. Eigene Rohstoffquellen durch Kolonien und synthetische Erzeugung	Seite 491
II. Die Zuspitzung des Rohstoffproblems durch die Verflechtung von Friedens- und Kriegswirtschaft. .	484	V. Das Rohstoffproblem als Gegenstand politischer Erwägungen . .	499
III. Das Rohstoffproblem als Preisproblem	486	VI. Kolonienersatz durch Chartergesellschaften.	501
		VII. Andere Möglichkeiten der Lösung	504

I. Das Rohstoffproblem als Beschaffungsproblem

Die Rohstofffrage, das heisst die Versorgung der einzelnen Länder mit den für die Produktion unentbehrlichen Grundstoffen, war vor dem Kriege kaum ein grösserer Diskussionsgegenstand. In einer Zeit verhältnismässiger Wirtschaftsfreiheit, verhältnismässig ungehinderten Warenaustausches über die Welt hin und verhältnismässig gesunder Währungen machte man sich über das Funktionieren des Rohstoffumlaufes wenig Gedanken. Einzige Sorge war, wie lange die Bodenschätze der Welt dauern würden. Am Ende seiner Amtszeit, vor bald dreissig Jahren, berief der amerikanische Präsident Theodor Roosevelt den Kongress für «Conservation of natural resources»; man sprach damals viel von Vergeudung der natürlichen Bodenschätze, und Roosevelt wünschte ein internationales Vorgehen zu ihrer Erhaltung. Schliesslich aber stellte es sich heraus, dass man von nur 13 Prozent der Erdoberfläche überhaupt Kenntnis hatte. Bei 10 Prozent liessen sich einigermassen zuverlässige Vermutungen wagen, der ganze Rest aber war unsicher. Inzwischen ist die Kenntnis der Erdrinde sehr viel weiter fortgeschritten, und überall hat man neue Bodenschätze gefunden. Es fragt sich nur, ob in normaler Zeit der Abbau lohnt. Selbst um das Gold sorgt man sich nicht mehr so sehr. 1877 behauptete der berühmte Wiener Geologe Eduard Suess in seinem Buch «Die Zukunft des Goldes», dass der Goldvorrat zu einer allgemeinen Durchführung der Goldwährung nicht ausreiche, acht Jahre später wurde Witwatersrand entdeckt. Dennoch hielt Suess in einem zweiten Werke «Die Zukunft des Silbers» noch im Jahre 1892 an seiner Behauptung fest, drei Jahre später wusste man von den Goldfeldern Klondikes. Jetzt stehen die sibirischen Goldfunde und die im Ural im Vordergrund.

¹⁾ Der Arbeit liegt ein am 5. Oktober 1936 in der Statistisch-Volkswirtschaftlichen Gesellschaft Basel gehaltener Vortrag zugrunde.

Global betrachtet, braucht man sich auf absehbare Zeit um die Bodenschätze nicht zu sorgen, lokal betrachtet, wechselt natürlich die Ausbeute. Das kann für bestimmte Distrikte, auch für bestimmte Länder sehr peinlich, ja verhängnisvoll werden. Die ältesten amerikanischen Ölfelder liegen im Osten der Union, namentlich in Pennsylvanien. Noch 1901 lieferte der Osten mehr als acht Zehntel der amerikanischen Produktion. Inzwischen geben längst ganz andere Regionen den Ausschlag, vor allem die Staaten Illinois, Kansas und Oklahoma, schliesslich auch der Süden Kaliforniens. Die Ölerzeugung marschierte, so kann man auch sagen, vom Osten nach dem Westen. Aber ob nun im ganzen die amerikanischen Erdölfelder sich der Erschöpfung nähern, ist sehr die Frage. Man hat der Tatsache, dass die Vereinigten Staaten 70 bis 80 Prozent der Weltölförderung verbrauchen, die Mutmassung gegenübergestellt, dass sie nur über 20 Prozent der noch vorhandenen Vorräte verfügen, aber wer kann wissen, ob nicht plötzlich im Norden Kaliforniens genau so reiche Funde gemacht werden wie bei Los Angeles? Und wenn kürzlich der englische Ölkönig, Sir John Cadman, auf der Washingtoner Konferenz für Energiewirtschaft behauptete, wenn nicht neue Quellen entdeckt würden, so reichten die heute vorhandenen Erdölquellen auf der ganzen Erde nur noch zwanzig Jahre, so ist das erst recht leeres Gerede, schon deshalb, weil wir beinahe monatlich von neuen grossen Erdölvorkommen hören. Meistens sind solche pessimistischen Berechnungen mit irgendeiner Börsenspekulation verknüpft.

Wenn wir uns also auch der generellen Angst um die Rohstoffe angesichts der immer stärkeren Erschliessung der Welt entschlagen können, so tritt doch die Spezial Sorge des einzelnen Staates nur um so heftiger hervor. Bevor wir aber von diesen Rohstoffnöten sprechen, die so sehr der Politik entstammen und wieder tief in die Politik eingreifen, sei der Begriff der Rohstoffe, der raw materials, der matières premières, umschrieben. Man tut gut, den Begriff möglichst weit zu fassen und nicht etwa nur Güter darunter zu verstehen, die der technischen und chemischen Verarbeitung im Produktionsprozess dienen, wie Eisenerz, Kupfererz, Baumwolle und Wolle, oder die die Kraft für den Produktionsprozess liefern, wie Kohle, Erdöl, bewegtes Wasser, sondern auch die wichtigsten Nahrungsmittel einzubeziehen, in erster Linie das Brotgetreide. Rohstoffe finden sich mithin in allen Klimazonen, meint man nur die tropischen oder subtropischen, meist koloniale Rohstoffe genannt, so soll man dies ausdrücklich hervorheben. Als besondere Gruppe wird man aus den mineralischen Rohstoffen die dem Geldverkehr dienenden Edelmetalle auszusondern haben. Schliesslich sind neben die natürlichen Rohstoffe die künstlichen zu stellen, die immer grössere Bedeutung erlangen. Damit kommen wir auf eine Sechsteilung: Kraftstoffe, mineralische Rohstoffe, Edelmetalle, tierische und pflanzliche Rohstoffe, Nahrungsmittel, synthetische Rohstoffe.

Die tierischen und pflanzlichen Rohstoffe wird man deshalb zusammennehmen und gegen die mineralischen abheben müssen, weil allein bei den tierischen und pflanzlichen wirkliche Produktion in Frage kommt, bei den mineralischen dagegen nur, wie Eduard Hahn es ausgedrückt hat, Eduktion oder, wie Alfred Hettner es geradezu nennt, Raubwirtschaft, weil der Mensch

sie der Natur entreisse, ohne sie ersetzen zu können. Dieser Ausdruck aber, in dem die Angst vor der Erschöpfung mitschwingt, ist viel zu stark, weil nur dann von Raub gesprochen werden könnte, wenn die Möglichkeiten der Erschließung sich gleichblieben. Sie wachsen aber dauernd an, nicht nur weil die Bonitierung der Erdoberfläche fortschreitet, sondern auch, weil es möglich ist, zu immer grösseren Tiefen, eventuell mit Kühleinrichtungen, vorzustossen. In Russland hat man im Hinblick auf die mineralischen Rohstoffe schlechthin erklärt: Suchet und ihr werdet finden! Auch wird die Verwendung von Altmaterial zur Neuproduktion mehr und mehr durchgeführt; das Hauptbeispiel ist der Eisenschrott, aber auch der Regenerationskautschuk erhält immer grössere Wichtigkeit. Zur Einteilung der Rohstoffe ist schliesslich noch zu bemerken, dass man alle Nichtlebensmittel als industrielle Rohstoffe zusammenfassen und ihnen auch die Edelmetalle zuzählen kann.

Rohstoffhunger bei reichem globalem Vorhandensein der Rohstoffe, das also ist die Antinomie, aus der das Rohstoffproblem erwachsen ist. Hätten wir einen die ganze Welt ergreifenden Universalstaat, so gäbe es kein Rohstoffproblem. Die politische Gliederung der Welt schafft das Problem. Ein Staat hat viel, der andere wenig, und keiner hat heute, bei der ungeheuren Industrialisierung, sämtliche notwendigen Rohstoffe, auch nicht die grössten Mächte, die Vereinigten Staaten und das Britische Weltreich. Keesings Archiv der Gegenwart, die bekannte weltpolitische und weltwirtschaftliche Chronik, hat in seiner Nummer vom 25. November 1935 eine sehr anschauliche bildstatistische Aufstellung der Verteilung der Rohstoffe in neun wichtigen Staaten veröffentlicht. Zugrundegelegt ist die Figurenmethode des österreichischen Instituts für Bildstatistik. Daraus erkennen wir, dass doch das Britische Reich die kompakteste Figurenzahl in Anspruch nimmt und dass erst danach die Vereinigten Staaten kommen. Den Vereinigten Staaten fehlt der Kautschuk: genau so, wie sie 70 bis 80 Prozent des Erdöls der Welt verbrauchen, so verbrauchen sie auch 70 bis 80 Prozent der Gummierzeugung, die Plantagen aber befinden sich entweder innerhalb des Britischen Reiches oder sind doch — in Niederländisch Indien — grossenteils mit britischem Kapital finanziert. Man erinnert sich des englischen Stevensonplanes, der den stark gesunkenen Gummipreis gewaltsam in die Höhe treiben wollte, und des amerikanischen Widerstandes dagegen. In Amerika sprach man zu jener Zeit von dem schamlosesten Raubzug gegen die Kautschukverbraucher der Welt. In seiner Rede vom 31. Oktober 1925 drohte der damalige Handelsminister, Herbert Hoover, England mit den Worten: «Wir könnten eines Tages unsere ganze traditionelle und nationale Politik des freien Wettbewerbs als Grundlage der Produktion aufgeben und die Errichtung von Zusammenschlüssen für unsere eigenen Produzenten regeln und fördern, um uns damit an wehrlosen Konsumentennationen schadlos zu halten.» Als Revanche schuf denn auch Amerika bald darauf seinen Kupfertrust. Aber Amerika könnte eines Tages in der Kupferproduktion von Chile überflügelt werden, dessen Kupfer allerdings amerikanisch finanziert ist, oder, noch schlimmer, von dem belgischen, englisch finanzierten Katanga-bezirk. Ganz hängen die Vereinigten Staaten in Zinn von der Einfuhr ab, und

es sind hier die Kautschukgebiete — Malakka und der malaiische Archipel —, die zugleich das meiste Zinn liefern. Besonders eindringlich tritt uns aber die Bedeutung der Rohstoffausstattung bei einem Land wie Irland im Vergleich zu dem danebenliegenden Grossbritannien entgegen. Als in der ozeanischen Epoche Grossbritannien, als Sprungbrett zum Nordatlantik und zu den Ozeanen überhaupt, immense Bedeutung gewann, da hätte das doch auch Irland, das beinahe noch günstiger liegt und ausgezeichnete Naturhäfen hat, zugute kommen müssen. Aber grade in dieser Zeit sank Irland, das im frühen Mittelalter die europäische Kultur befruchtet hatte, unaufhaltsam zurück, weil es weder nennenswerte Steinkohlenlager noch Eisenerzlager besitzt. Wenn sich Ulster innerhalb der kleinen Insel noch sein eigenes Schicksal bereitet hat, so vor allem, weil es, schon durch seine Verknüpfung mit dem schottischen Industriebezirk besser mit Industrie versehen, nicht das mittelmässige Wirtschaftsleben der anderen irischen Grafschaften teilen wollte. Und da Irland wegen seiner Niederschlagsfülle auch nur sehr beschränkt als agrarisches Gebiet in Frage kommt, so ist seine Entwicklung gehemmt, noch dazu, da sein extremer Nationalismus (eine Reaktion nicht zuletzt wieder gegen sein Rohstoffschicksal) es gegen die ohnehin enger werdende Weltwirtschaft abtrennt.

Besonders prekär wird die Lage dadurch, dass die moderne Industrie und die immer gewaltigere Technisierung der Heeresapparate neben den Standardrohstoffen dringend die sogenannten kleinen Rohstoffe gebrauchen, Spezialmetalle, die nur an gewissen Stellen gefunden werden. Die Edelstähle benötigen den Zusatz von Elementen, wie Nickel, Mangan, Wolfram, Chrom, Molybdän und manchen anderen. Es spricht für die Launenhaftigkeit der Natur, dass nach den bisherigen Feststellungen in den Vereinigten Staaten fast kein Nickel vorhanden ist, während das benachbarte Kanada vier Fünftel des Weltbedarfs fördert. Im Jahre 1929 wurde in den Vereinigten Staaten rund zwanzigmal so viel Kohle und fünfunddreissigmal so viel Eisenerz gewonnen wie in British Indien, während in der Manganerzgewinnung Indien den Vereinigten Staaten um mehr als das Fünfzehnfache überlegen ist. Daneben findet sich Manganerz in grösserer Menge eigentlich nur noch in der Sowjetunion, in Georgien nämlich und im Küstengebiet des Asowschen Meeres. Des georgischen Tschiaturi hat sich der amerikanische Harrimankonzern vergeblich zu bemächtigen gesucht. Quecksilber, das für die Herstellung von Sprengkapseln fast unentbehrlich ist, kommt in erster Linie aus Spanien, in zweiter aus Italien. Und rechnet man, wie billig, die Photographie zum unentbehrlichen Werkzeug jeder modernen Wirtschaft, so ist auch dafür das Quecksilber — Quecksilbersalze — nicht zu entbehren. Im übrigen sind auch Standardrohstoffe von spezieller Qualität auf bestimmte Räume beschränkt, so etwa phosphorarme Eisenerze, die grade wieder Spanien in vorzüglicher Güte liefert.

Die Sorge um die Beschaffung namentlich der industriellen Rohstoffe hat nicht in letzter Linie zu den Tendenzen nach Grosswirtschaftsräumen geführt. Schon der Merkantilismus kannte die Anfänge einer wirtschaftlich basierten methodischen Kolonialpolitik; heute ist die alte prestigehafte Kolonialpolitik, die ohne Sinn und Verstand bald hier, bald dort die Heimatflage hisste, völlig

verschwunden. Systematisch und konstruktiv sucht man sich jenseits der Grenzen Siedlungsräume, Absatzräume und Rohstoffräume zu sichern. Wichtigster Anstoss für die Gründung eigener Rohstoffräume war die sogenannte cotton famine, die Baumwollhungersnot Lancashires im amerikanischen Bürgerkrieg. Lancashire hatte sich ganz auf amerikanische Baumwolle verlassen, aber in den Baumwollstaaten des Südens wurde plötzlich in der Bürgerkriegszeit sehr viel weniger Baumwolle gebaut und dazu trat noch die Blockade der südlichen Häfen durch den Norden. Die Spinnereien, die Webereien, die Bleichereien, die Färbereien, die Stoffdruckereien in Lancashire, alles stand still. Seit dieser Zeit bemühte sich der englische Verarbeitungsbezirk, sich von Amerika zu emanzipieren: in Britisch Indien wurde der seit Jahrhunderten heimische Baumwollbau stark ausgedehnt, Ägypten, der Sudan, Uganda wurden zu Baumwollländern gemacht. Aber grade dadurch stachelte man nun wieder die Eingeborenen, sich auf Grundlage der Rohstoffe eigene Industrien zu schaffen. Mit der überall emporkommenden politischen Freiheitsbewegung der eingeborenen Völker begann eine wirtschaftliche Freiheitsbewegung Hand in Hand zu gehen. Wozu die Rohbaumwolle nach Lancashire ausführen, sagte sich der Inder, und dann nachher die fertigen Gespinste wieder einführen, wozu den englischen Arbeitern die Löhne für die Verarbeitung lassen, den englischen Fabrikanten den Unternehmergewinn und der gesamten englischen Wirtschaft die Zwischengewinne? Indien organisierte sich eine eigene Baumwollindustrie, und dies ist nur ein Beispiel für eine ungeheuere, Europa an der Wurzel packende Standortsverwandlung, die Tendenz der Verschiebung der Industriestandorte nach den Rohstoffquellen, die durch die militärische Inanspruchnahme Europas im Weltkrieg mächtig gesteigert worden ist. Schon verarbeitet die indische Textilindustrie ungefähr 55 Prozent der indischen Baumwolle, die Jutefabriken Kalkuttas nehmen sogar 70 Prozent der indischen Jute auf. Es hat sich schon ereignet, dass das schottische Dundee, der Hauptsitz der europäischen Jutefabrikation, nicht arbeiten konnte, weil das Rohmaterial fehlte. Diese Standortverschiebung zuungunsten Europas wird natürlich erst recht sichtbar, wo es sich nicht um Kolonien, sondern um unabhängige Staaten handelt, um grosse oder kleinere Überseestaaten. Immer grössere Posten amerikanische Baumwolle werden in den Vereinigten Staaten selber verarbeitet, und hier lässt sich sogar konstatieren, dass sich innerhalb der Union die Standorte nach den Rohstoffquellen hin verschieben, da die Baumwollfabrikation mehr und mehr nach dem Süden rückt, insbesondere nach Nord- und Südkarolina und Georgia.

Der Grosswirtschaftsraum also mit seiner arbeitsteiligen Wirtschaft in dem Sinne, dass das Mutterland die Fabrikation übernimmt, während die Kolonien und Dependenzen die Rohstoffe bereitstellen, auch die Rohstoffe in Gestalt der Nahrungsmittel, wird durch die industrielle Emanzipation der überseeischen Räume durchkreuzt. Der Grosswirtschaftsraum, zum Teil aus Rohstoffbeschaffungsnotén erwachsen, gerät erst recht in Beschaffungsnoté, da sich die Industrie des Mutterlandes, im Vertrauen auf den ungestörten Rohstoffbezug im Rahmen des Imperiums, immens ausgedehnt hat. Hier liegt der wunde Punkt der

britischen Ottawapolitik. Wenn es England auf der Ottawakonferenz im Juli 1932 gelungen ist, das zu vollziehen, was Joe Chamberlain dreissig Jahre vorher fehlgeschlagen war, nämlich das Empire zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet auf Basis der Arbeitsteilung zwischen Mutterland und Dominien zusammenzufassen, so ist doch dieser Zusammenhalt immer von neuem durch die Industrialisierungsinteressen der Dominien bedroht. Speziell Kanada ist sehr viel mehr industrialisiert, als das im allgemeinen bekannt ist. Im Jahre 1934 belief sich der Gesamtwert der kanadischen Agrarprodukte (Weizen, Hafer, Gerste, Mais, Heu und Klee) auf wenig mehr als 100 Millionen Pfund, der Gesamtertrag der kanadischen Industrie aber, die allerdings zum Teil Lebensmittelindustrie ist, betrug über 400 Millionen Pfund. Aber auch durch die Reagrarisierung des Mutterlandes, eine Agrarisierung aus wehrwirtschaftlichen Gründen, wird Ottawa gestört. Man kann diese ganze Entwicklung dahin charakterisieren, dass überall die zugunsten der Mutterländer geschaffenen Rohstoffkammern in einer Umstellung begriffen sind, weil sich die betreffenden Gebiete, schon aus politischen Gründen, nicht mehr mit Monokultur begnügen wollen. Man denke auch an Ägypten, das von England einseitig zum Baumwollande gemacht worden ist, das aber, je mehr es wieder staatliches Selbstbewusstsein gewinnt, um so intensiver aus dieser abhängigen Stellung — Einseitigkeit ist Abhängigkeit — herauszukommen trachtet. Und wenn nun auch noch die Mutterländer sich wieder wirtschaftlicher Vielfalt zuwenden, so scheint es den überseeischen Rohstoffgebieten erst recht notwendig, sich nicht auf Monokultur zu verlassen.

Weit verhängnisvoller für die Rohstoffversorgung und den Weltmarkt überhaupt ist eine andere Folge der Ottawapolitik. In den «Times» war vor kurzem zu lesen, die Zollpolitik von Ottawa und die Besetzung der Mandchurei ständen in einem ursächlichen Zusammenhang. Wenn Grossbritannien mit Hilfe der politischen Kontrolle, die es über weite Gebiete der Welt ausübe, die japanischen Waren ausschliesse, so habe sich Japan die Möglichkeit schaffen müssen, das gleiche zu tun. Mit anderen Worten: durch Ottawa hat die Bildung von Imperien einen enormen Aufschwung erfahren, von Imperien, die ein organisches Gefüge von Mutterland und Aussenbesitzungen in politischer und wirtschaftlicher Beziehung darzustellen suchen. Ohne Zweifel zeigt sich eine gefährliche Spannung mitten in diesen Reichen, eine Tendenz zur Dezentralisierung und Auflösung der Arbeitsteilung, aber viel grösser noch ist die interimperiale Tendenz: Imperium neben Imperium, Imperium gegen Imperium. Und wenn der Widerstand gegen die Monokultur in den Imperien nur das Mutterland im Rohstoffbezug gefährdet, so wirkt die Drohung Reich gegen Reich schlechthin der freien Rohstoffversorgung entgegen. Alle mittleren und kleineren Nationen ausserhalb der Imperien sehen sich vom freien Rohstoffbezug verbannt, und sogar die Imperien selber, da eben keines von ihnen volle Autarkie besitzt. Grade deshalb aber ist bei den Imperien Rohstoffhunger wichtigster Hebel der Expansion. Die Mandchurei zum Beispiel ist für Japan im wesentlichen Rohstoffquelle; ihre Schätze an Kohle und Eisenerz, ihre Weizenböden und ihre Sojabohnenkultur sind dem rohstoffarmen Inselreich wichtiger als die

Siedlungsmöglichkeiten, ja sogar als die Absatzmöglichkeiten. Die Mandschurei ist der Form nach souveräner Staat, in Wahrheit jedoch schon deshalb eng dem japanischen Gesamtreich eingefügt, weil hier wie dort die gleiche Währung gilt. Das nämlich ist der springende Punkt: mit eigener Währung die Rohstoffgebiete aufschliessen. Eine Zeitlang schien es wohl so, als ob die Imperien sich mit blossen Interessensphären, mehr oder minder unabhängigen Staaten mit eigener Regierung, Wirtschaft und Währung, begnügen könnten. Als Hauptbeispiel nannte man stets die Vereinigten Staaten, in deren Weltreich nicht so sehr die Kolonien eine Rolle spielen wie die mit der Dollardiplomatie — um das Schlagwort zu gebrauchen — durchdrungenen mittel- und südamerikanischen Staaten. Je mehr sich aber fast überall im Zusammenhang mit der wachsenden Wirtschaftskrise Devisenschwierigkeiten einstellten, desto stärker musste der imperialistische Staat darauf Gewicht legen, seine Rohstoffgebiete unter seine Währungshegemonie zu bringen. Dies kann natürlich auch in der Weise geschehen, dass scheinbar souveräne Staaten mit mehr oder weniger Zwang veranlasst werden, ihre Währung der des imperialistischen Staates anzupassen, in dessen Machtsphäre sie liegen — man könnte das Währungsimperialismus nennen —, wie überhaupt nach wie vor, man denke wieder an Mandschukuo, äusserlich souveräne Staaten einer bestimmten Reichskonstruktion angehören können. Nur dass eben die reine Interessensphäre ohne tiefere wirtschaftliche Einordnung einem vergangenen Stadium imperialistischer Politik zuzuzählen ist.

Besitzen die Rohstoffstaaten allzu grosse Unabhängigkeit, so sind sie wechselnden Einflüssen unterworfen und können deshalb niemals mit voller Sicherheit in die Rechnung eingesetzt werden. England ist es durch den anglo-ägyptischen Vertrag vom 26. August 1936 gelungen, Ägypten doch wieder, wenn auch in wesentlich freierer Stellung, dem britischen Imperium einzugliedern, ein nicht nur für die Deckung des Indienweges, sondern auch für das britische Rohstoff- und Absatzproblem schwerwiegendes Ergebnis. Wir dürfen aber überhaupt niemals vergessen, dass viele Rohstoffe nicht so sehr Kolonien, die man nach Belieben dirigieren kann, oder Dominien oder scheinsoveränen Staaten entstammen, wie unabhängigen Mächten, die ihre eigene Politik verfolgen. Das hat die Nordamerikanische Union bei den ABC-Staaten genügend erfahren; vor allem Argentinien sucht doch immer auch noch an England wirtschaftlichen und politischen Rückhalt. Und wenn die Vereinigten Staaten in Brasilien eine Kautschukbasis organisieren — Ford und Firestone haben dort riesige Ländereien erworben —, so ist das keine unbedingt zuverlässige Rohstoffquelle. Brasilien ist in letzter Zeit wirtschaftlich stark unter deutschen Einfluss gekommen, so sind Kaffeerausfuhr und Kaffeetransport schon beinahe Monopol deutscher Firmen. Das könnte sich eines Tages auch politisch geltend machen. Auch die Wirtschaftsbeziehungen zu Italien und Japan sind intensiviert worden, und die Regierung begünstigt die japanische Einwanderung. Man denke auch an den jungen asiatischen Nationalismus. Jahrzehntlang konnte die Anglo-Persian Oil Company im Südwesten Persiens gradezu einen Staat im Staate bilden, seit der nationalen Wiedergeburt des Landes aber unter Resa Schah werden ihr dauernd Hindernisse in den Weg gelegt.

II. Die Zuspitzung des Rohstoffproblems durch die Verflechtung von Friedens- und Kriegswirtschaft

Die vier grossen Schwierigkeiten des Rohstoffbezuges, die wir bisher kennengelernt haben, betrafen das Beschaffungsproblem. Wir erkannten die sehr verschiedene Ausstattung der einzelnen Staaten mit Rohstoffen, Schwierigkeit eins; die Tendenz der grossen Imperien, sich eine eigene Rohstoffbasis anzulegen und andere Mächte davon auszuschliessen, Schwierigkeit zwei; die Tendenz, dass die Rohstoffe immer mehr dort weiterverarbeitet werden, wo sie wachsen oder in der Erde liegen, Schwierigkeit drei; und endlich die wechselnden Einflüssen unterworfenen Politik souveräner Rohstoffstaaten, die ebenfalls zu einer Verengung des Rohstoffmarktes führen kann, Schwierigkeit vier. Mit anderen Worten: das Problem der Rohstoffbeschaffung, dessen Ausgangspunkt die Tatsache bildet, dass kein über die Welt reichender Universalstaat vorhanden ist, wird in voller Schärfe existent durch das Faktum, dass die arbeitsteilige Austauschwirtschaft, das Ideal der Freihandelsdoktrin, nicht oder nicht mehr besteht.

Dies schon in normalen Zeiten vorhandene Beschaffungsproblem wird kompliziert durch den Krieg. Blockade, Seesperre durch Minen, Torpedo- und Tauchboote, Beuterecht im Seekrieg, Absperrungen und Requisitionen im Landkrieg lassen die Rohstoffe nicht zu den Kriegführenden gelangen. Dies wirkt um so schlimmer, als der moderne Krieg weit mehr Rohstoffe verbraucht als der Frieden. Damit aber kommen auch wieder die Neutralen in schwere Bedrängnis. Indem die Kriegführenden alle fremden Rohstoffe, deren sie nur habhaft werden können, an sich heranziehen, aber auf der andern Seite die heimischen — siehe den amerikanischen Bürgerkrieg — nicht genügend anbauen oder nicht fördern können, verödet der Weltmarkt. Man braucht sich ja auch nur der Kohlenschwierigkeiten der Schweiz im Weltkrieg zu erinnern. Dazu kommt, dass in Kriegszeiten der internationale Transport notleidet. Transportmittel sind nicht in ausreichender Menge vorhanden, oder aber die Schiffe wagen nicht Ladung zu nehmen, da bei dem heute stark erweiterten Begriff der Konterbande die meisten Rohstoffe Bannware darstellen. Nicht unerheblich sind auch die stark erhöhten Versicherungsprämien.

Aber damit ist die Rolle des Krieges in der Rohstoffversorgung noch längst nicht erschöpft, ja der wesentliche Umstand ist überhaupt noch nicht hervorgehoben: die Kriegswirtschaft der heutigen Zeit schon im Frieden, das Ineinanderfliessen der Begriffe Krieg und Frieden im Zeitalter des Imperialismus. Hier liegt der wichtigste Punkt des Rohstoffproblems.

Es gibt Wirtschaftskenner, die überhaupt nur im Kriege dem Rohstoffproblem grössere Bedeutung beimessen. Im Frieden, so sagen sie, seien vielleicht gelegentlich die Rohstoffe allzu teuer, wenn sie monopolistisch bewirtschaftet werden oder wenn irgendwo Missernte vorliegt oder Arbeiterschwierigkeiten oder politische Unruhe, aber sie seien doch auf dem Weltmarkt immer erhältlich. Ein allzu tiefer Stand der Rohstoffpreise sei dabei gar nicht einmal wünschbar; man habe gesehen, dass sich grade erst mit dem Aufschwung der Rohstoff-

preise seit zwei Jahren eine Welterholung eingestellt habe. Man erinnert dabei mit Vorliebe an den anfänglich willkommenen, schliesslich verhängnisvollen Preissturz des Kautschuks, an dieses beinahe unablässige Abgleiten von 1910 bis 1932, das am Ende den Preis auf etwa ein Fünfzigstel gesenkt hatte. Wenn der einzelne Staat genügend Exportgüter produziere, um Rohstoffe zu kaufen, so sei die Rohstofffrage im Frieden eigentlich kein Problem. Falls der einzelne Staat im Frieden schlecht Rohstoffe hereinbekomme, so seien Fehler in seiner Wirtschaft daran schuld, und man habe keine Veranlassung, sich besonders für ihn zu interessieren. Man verweist auch darauf, dass das heutige Deutschland seine Rohstoffnöte selber verschuldet habe; hätte es, sagt man, statt seine Kapitalien in unproduktive Rüstungen zu stecken, exportfähige Konsumgüter erzeugt, die dann wieder Devisen erbracht hätten, so wären seine Nöte kaum erwähnenswert. Dieser Standpunkt hat insofern eine gewisse Berechtigung, als es natürlich Grenzen geben muss für eine Investierung des Volksvermögens und Volkseinkommens in Rüstungen. Wenn ein Staat, sagen wir, fünfzig Prozent seines ordentlichen und hundert Prozent seines ausserordentlichen Haushalts direkt oder indirekt für Rüstungen verwendet, so tut er gut, nicht das Schicksal oder die böse Verfassung der Weltwirtschaft oder die mangelhafte Verteilung der Rohstoffe zu beschuldigen. Aber mit dieser negativen Feststellung kann es in unserer Untersuchung nicht sein Bewenden haben; wir müssen jenseits von krassen Fällen und ohne uns einem Moralisieren zu überlassen, zu den inneren Triebkräften der Wirtschaftssituation vorstossen. Wenn wir davon gesprochen haben, dass heute der Unterschied zwischen Krieg und Frieden verwischt ist und dass deshalb eigentlich immer Kriegsnot in der Rohstoffversorgung herrscht, so haben wir nun die Aufgabe, diese Behauptung zu erläutern.

Es war die Rede von der Gegenwartstendenz zu Grosswirtschaftsräumen. Sagt man, dass sie der Sorge um Rohstoffe und Absatzmöglichkeiten entspringt, so haben wir noch nicht genügend die imperialistische Peitsche gekennzeichnet, die dahintersteht. Es ist der Hochkapitalismus mit seiner unerhörten Ausdehnung der industriellen Kapazität, der zur imperialistischen Konkurrenz geführt hat. Da der heimische Markt zur Aufnahme der Industriewaren nicht genügt, muss man ihn durch Absatz in der Welt zu ergänzen suchen, und da Rohstoffe nun einmal die Voraussetzung jeder Erzeugung sind, bestrebt man sich, die Rostofferzeugung staatlich oder halbstaatlich zu organisieren. Mit dem Hochkapitalismus sind immer schärfere Krisen verbunden; jeder Staat sucht sich selbst nach Möglichkeit aus der Weltkrise fernzuhalten und will deshalb, ohne von der Unbeherrschbarkeit des Weltmarktes abhängig zu sein, ein Absatz-, Rohstoff- und Siedlungsimperium bauen. Fähig dazu sind natürlich nur die Grossen, sie betreiben eigentlichen Imperialismus. Es entsteht ein Spannungszustand in der Welt, der freilich auch durch ausserwirtschaftliche Momente, wie den Nationalismus, genährt wird. Die Staaten straffen sich, um in dem imperialistischen Konkurrenzkampf Sieger zu sein. Sie rüsten auf und müssen nun, da ein Keil den anderen treibt, die Aufrüstung immer weiter forcieren. Die totale Mobilmachung setzt ein, ein Zustand des Krieges schon im Frieden. Nicht das ganze Volk nur, auch die ganze Wirtschaft wird

Armee. Erst jetzt tritt der geniale Satz von Clausewitz, dass der Krieg eine Fortführung der Politik mit anderen Mitteln sei, ins rechte Licht. Wenn Clausewitz vor einer isolierten Betrachtung des Krieges warnen wollte, so sind heute, hundert Jahre später, nicht nur Krieg und Politik nicht zu trennen, sondern die Politik erhält gradezu ihre Akzente durch den Krieg. Man könnte schon beinahe sagen, dass die Politik eine Fortsetzung und Vorbereitung des Krieges mit anderen Mitteln sei. Oder, um einen Ausdruck des englischen Publizisten Wickham Steed zu verwenden: es besteht nicht peace, sondern non-war, non-war in dem Sinne, dass nur grade kein offener Krieg stattfindet. In Italien haben schon die kleinsten Balilla, die Sechsjährigen, die «Söhne der Wölfin», richtige Gewehre mit Bajonetten, gearbeitet genau nach dem Militärmodell, nur entsprechend kleiner. Alle kapitalistischen Rentabilitätsrücksichten werden zugunsten einer sogenannten höheren Rentabilität, einer Expansionsrentabilität, zurückgestellt. Der japanische Finanzminister Dr. Baba betonte kürzlich unumwunden, dass Japans gesteigerte Finanzansprüche teilweise den Charakter und das Gewicht kriegsfinanzieller Massnahmen annehmen müssten. Der expansive Kapitalismus, der aus der Wirtschaft geboren wurde, aus der kapitalistischen Produktivität und Kapazität, endet in betont ausserwirtschaftlichen Momenten. Immer mehr verflüchtigt sich die freie Privatwirtschaft. Das Ideal der totalen Mobilmachung erfordert die dauernde Beeinflussung der Wirtschaft, ja mehr, die dauernde Kommandierung der Wirtschaft durch den Staat. Erst kürzlich hat der Duce erklärt, die Selbstversorgung Italiens mache die gewünschten Fortschritte, vor allem was die Kriegsindustrie anbelange, und das Generalkommissariat, das diese Kriegsindustrie überwache, kontrolliere und koordiniere heute schon die Produktion von zwölfhundert Fabriken. Das sind natürlich die grössten, nicht die kleinsten. Nimmt man die deutschen Betriebe, die direkt oder indirekt für die Rüstung arbeiten, so kommt man auf mehrere Tausend mit einigen Millionen Arbeitern. Da sie alle, mehr oder weniger, von dem gewaltigen Aufrüstungsplan erfasst werden, müssen sie alle nach und nach in Abhängigkeit vom Staate gelangen. Rein organisatorisch betrachtet, ist also die Forderung nach der Verstaatlichung der Rüstungsindustrie durch die Entwicklung bereits überholt, ja diese Entwicklung ist sogar schon über die unmittelbare Kriegsindustrie hinausgeschritten. Anders verhält es sich natürlich, wenn man an die Gewinne denkt, aber auch hier steht selbst dort, wo noch private Rüstungsindustrie vorhanden ist, auf seiten des Staates die Tendenz, mehr und mehr in die Preisbildung einzugreifen. Wenn dagegen häufig die Abhängigkeit des kapitalistischen Staates von der Rüstungsindustrie betont wird, so soll das, soziologisch angesehen, keineswegs geleugnet werden; die Beeinflussungen aber sind wechselseitig, wobei die Waage mehr und mehr zugunsten eines Staates sinkt, der diesen Zweig der Wirtschaft sogar in besonders hohem Masse kommandiert.

III. Das Rohstoffproblem als Preisproblem

Jetzt sind wir am Kern des Problems. Jede Kriegswirtschaft ist Planwirtschaft, *économie dirigée*, erst recht die Kriegswirtschaft schon im Frieden.

Man hat in der Theorie lange darum gestritten, ob die Planwirtschaft im kapitalistischen Staat überhaupt möglich sei, ob sie Spätkapitalismus sei oder formhaft gewordener Hochkapitalismus oder aber Staatskapitalismus oder gar Staatssozialismus. Solche Diskussionen sind zweifellos wichtig, wenn es gilt, zu ergründen, ob wir schon mitten in den Sozialismus hineinmarschieren. Für den Augenblick aber genügt es vollkommen, zu wissen, dass bei allen diesen hochgerüsteten Staaten Kriegswirtschaft Planwirtschaft und Planwirtschaft Kriegswirtschaft ist und dass Kriegswirtschaft und Friedenswirtschaft sich kaum mehr unterscheiden. Gelegentlich wehren sich noch zivile Gewalten, so in Japan der deshalb ermordete Finanzminister Takahashi, oder es opponiert die Industrie, so ebenfalls in Japan gerade jetzt die Elektrizitätsindustrie, die nichts von halber oder ganzer Verstaatlichung wissen will. Aber die Tendenz der Vermischung von Friedens- und Kriegswirtschaft ist unverrückbar. Nicht anders steht es ja auch in der Aussenpolitik. Noch 1914 war es möglich, dass bei Ausbruch des Krieges das deutsche Auswärtige Amt nur eine sehr lose Fühlung mit dem Grossen Generalstab hatte, heute sind in allen Ländern Aussenpolitik und Aufmarschplan eng miteinander verbunden.

Diese totale Mobilmachung, die vor allem eigentümlich ist für die Diktaturstaaten, zu der aber nach und nach sämtliche imperialistischen Mächte übergehen, diese Mobilmachung mit den langen Schatten der Kriegswirtschaft über der Friedenswirtschaft, findet ihren bestimmenden Begriff in dem sogenannten *potentiel de guerre*. Der Ausdruck ist 1925 von Paul-Boncour, als französischem Vertreter im Völkerbund, geprägt worden, um Deutschlands militärische Leistungsfähigkeit zu präzisieren. Damals schien das ein ganz neuer Gedankengang; heute betrachten wir es als selbstverständlich, dass neben dem direkten Stand der Rüstung jedes Landes sein gesamtes Kriegspotential, die Summe der materiellen und ideellen Kräfte, berücksichtigt wird. Aber mehr noch als das: nachdem einmal der Begriff da war, wirkte er seinerseits steigernd auf die Entwicklung; nun erst setzte eigentlich überall der Eifer ein, sich ein möglichst hohes Kriegspotential zu sichern. Nicht nur, dass sich dies in der Rohstoffwirtschaft dahin ausdrückt, dass man eine staatliche Beschaffung organisiert, man ist auch, wie wir gleich sehen werden, dazu übergegangen, von der Privatwirtschaft die Bereitstellung oder Abzweigung bestimmter Mengen von Rohstoffen für Kriegsvorratzzwecke zu verlangen. Es ist noch eine gelinde Massregel, wenn eine deutsche Verordnung vom 3. Oktober 1936 bestimmt, dass mit Rücksicht auf die Rohstofflage Handelsfirmen ihre Vorräte an Eisen nicht über den Durchschnittsstand des Jahres 1935 ausdehnen dürfen. Diese Bestände sind in Zukunft allmonatlich der «Überwachungsstelle für Eisen und Stahl» zu melden. Auch für die Eisenproduzenten wird eine Maximalhöhe der Lager festgesetzt.

Aber die Perspektive eines starken *potentiel de guerre* erzeugt nun immer weitere Eingriffe in die Wirtschaft. Das hat Jakob Burckhardt genau vorhergesehen. An seinen Freund Friedrich v. Preen schreibt er: «Der Militärstaat muss Grossfabrikant werden. Jene Menschenanhäufungen in den grossen Werkstätten dürfen nicht in Ewigkeit ihrer Not und ihrer Gier überlassen bleiben; ein bestimmtes und überwachtes Mass von Misere mit *Avancement* und in

Uniform täglich unter Trommelwirbel begonnen und beschlossen, das ist's, was logisch kommen müsste.» Soeben ist in Italien ein Gesetz verkündet worden, wonach jeder, der im Jahre 1936 Baumwolle angebaut hat, verpflichtet ist, diese ausschliesslich dem italienischen Baumwollinstitut zum Ankauf und zur Verteilung zu überlassen. Hier wird jede heimische Baumwollfaser schon deshalb erfasst, weil es immer weniger möglich ist, fremde zu kaufen. In Frankreich bestimmte eine Verordnung vom 28. März 1928, dass alle Petroleumfirmen mit einem Jahresabsatz von 300 Tonnen und darüber auf eigene Kosten und Gefahr einen dauernden Ölvorrat zu unterhalten haben, der mindestens einem Viertel der im vorhergegangenen Jahre abgesetzten Menge von Mineralölen entspricht. Auf diese Weise erhielt das Land eine sofort greifbare Reserve von über einer Million Tonnen Erdölzerzeugnissen. Eine Verordnung vom 30. Mai 1936 aber geht noch weiter und bestimmt eine Erhöhung der Pflichtlagermengen von einem Viertel auf ein Drittel des Jahresabsatzes, wobei dies Drittel bei Benzin und Gasöl nicht einmal von den tatsächlich verkauften Mengen, sondern von den Höchstmengen berechnet wird, die auf Grund der erteilten Lizenzen importiert oder in den französischen Raffinerien gewonnen werden. In Italien hat man sogar verordnet, dass die Ölgesellschaften einen dauernden Bestand an Benzin und Heizöl von mindestens 70 % und an allen übrigen Destillationsprodukten von 30 % der Lagerkapazität aller ihrer Tankanlagen von 500 m³ ab zu unterhalten haben. Japan aber beabsichtigt eine noch rigorosere Regelung: die Importfirmen sollen ständigen Mindestvorrat an Erdölprodukten in Grösse eines Halbjahresabsatzes über die Mengen hinaus unterhalten, die sie zur Deckung ihrer laufenden Lieferverpflichtungen nötig haben, und es soll der Regierung überlassen bleiben, diese Zwangsvorräte zu einem von ihr selbst festgesetzten Preise zu übernehmen. Auch Deutschland hat Pflichtlagermengen von Benzin bei den Erdölgesellschaften, von Getreide bei den Mühlen, von Erzen bei den Hütten vorgeschrieben, ja sogar ein Mindestquantum an fertigen Gummireifen zur Verfügung der Überwachungsstelle für Kautschuk und Asbest in den Autoreifenfabriken. Und auch das Hungern braucht man sich heute nicht erst im Kriege anzugewöhnen: die Sowjetunion hat eine Heeresreserve an Getreide von 10 Millionen Tonnen angelegt, mehr als ein Drittel ihrer gesamten Weizenernte von 1930 und 8—12 Prozent der Weltweizenernten der letzten Jahre.

Das Ideal ist, dass nur auf den Knopf gedrückt zu werden braucht, um die vollkommene Umstellung vom Frieden auf den Krieg zu erreichen. Das japanische Heeresversorgungsamt soll in dieser Hinsicht folgendes vorbereitet haben: Die Zelluloid- und Seifenfabriken werden Pulver und Bomben, die Geldschrankfabriken Tanks, die Sodafabriken Giftgase, die Uhren- und Werkzeugfabriken Gewehrpatronen, die Seiden- und Gummistofffabriken Luftballons herstellen. Die Gummi- und Filzfabriken werden Gasmasken, die Kunstseidenfabriken Pulver, die Kleisenwarenfabriken Kugeln und Helme, die Teppichfabriken Woldecken, die Wattlefabriken Rohstoffe für die Pulverfabrikation, die Baumwollbleichereien Verbandzeug, die Nickel- und Bleiwerke Kugeln produzieren. Die Aluminiumwerke werden ebenso wie die Magnesiumfabriken

Flugzeuge bauen. Die Flachsverarbeitungsbetriebe werden Stoff für Flugzeugtragflächen, die Wollstoffabriken Militäruniformen, die Glycerinwerke Dynamit, die Salzmühlen Halbfabrikate für Giftgase, die Parfümeriefabriken Sprit erzeugen.

Diese ganze Leitung der Wirtschaft aber ist, ökonomisch gesprochen, Kapitalfehlleitung. Indem das im Zustand totaler Mobilmachung befindliche Land durch die Rüstungsinvestitionen immer weniger Devisen erwirtschaftet zum Kauf auf dem Weltmarkt, muss es sich je länger je mehr auf Autarkie zurückziehen. Zu der freiwilligen Autarkie aus strategischen Gründen gesellt sich drückend und einschnürend die Zwangsautarkie. Die Planwirtschaft führt zur Devisenwirtschaft, und umgekehrt drängt die Devisenwirtschaft zu immer weiterer Ausdehnung der Planwirtschaft. Den Diktaturländern liegt diese überall gebundene Wirtschaft am besten, aber auch die Nichtdiktaturländer werden mehr und mehr hineingerissen. In immer grösseren Teilen der Welt wird der freie Kapitalverkehr zertrümmert.

Das Ergebnis ist, dass es diesen Ländern entweder überhaupt unmöglich ist, sich normalerweise auf dem Weltmarkt mit Rohstoffen einzudecken, oder dass ihnen doch die Preise dafür zu hoch sind. Hier tritt das Rohstoffproblem sowohl als Beschaffungs- wie als Preisproblem auf. Mehr Preisproblem dagegen ist es für die Länder, die, ohne zur Devisenzwangswirtschaft plus totaler Mobilmachung zu schreiten, abgewertet haben. Schon für die Länder des Sterlingblocks macht sich die Preisfrage manchmal unangenehm geltend, erst recht für schwache Abwertungsländer, deren Wechselkurs dauernd schwankt. Bis vor kurzem konnte man dagegen sagen, dass für die Länder mit altem Währungsstand wie die Schweiz die Rohstofffrage nur in dem Sinne Preisfrage sei, dass ein allzu rasches Ansteigen der Rohstoffpreise natürlich immer unangenehm ist. Sonst aber hatte die Schweiz bisher das Glück, die Rohstoffe mit ihrer gesunden Währung vorteilhaft einkaufen zu können. Das ist jetzt vorbei, während auf der andern Seite der Weltprotektionismus mit seinen Handels- und Zahlungsverhinderungen zunächst nach wie vor den Export drosselt. Die schweizerische Situation gegenüber dem Rohstoffproblem hat sich also ungemein verschlechtert, und so wird sich denn gerade die Schweiz, rohstoffhungrig und weltmarktempfindlich wie sie ist, mit besonderer Intensität diesen Fragen zuwenden müssen. Abwertungen führen auch niemals zum Wirtschaftsliberalismus, wie man häufig hört, sondern nur zum Gegenteil, da straffe Preisregulierungen notwendig sind, bei denen politische und soziale Rücksichten mitspielen, solche künstlichen Preisfestsetzungen aber im Inland häufen erst recht die Schwierigkeit, höhere Preise für die Importrohstoffe anzulegen.

Das Preisproblem in der Rohstofffrage rundet sich jedoch erst, wenn man die Bedeutung der internationalen Kartelle ins Auge fasst. Es kann hier nicht im einzelnen auf diese Kartelle eingegangen werden, hervorgehoben sei nur, dass sie nach dem Kriege überragende Bedeutung erlangt haben und dass ein Rohstoff nach dem anderen von ihnen ergriffen worden ist. Auch wo, wie im Erdölkampf, sich anscheinend zwei grosse Konzerne erbittert gegenüberstehen, existieren doch zwischen ihnen unterirdische Querverbindungen, die immer

dann zutage treten, wenn es Hochhaltung der Preise — oder sagen wir, um nicht in die vulgäre Kartellfeindschaft zu verfallen: Regulierung der Preise — oder Abwehr von Aussenseitern gilt. Diese beiden grossen Konzerne haben es erreicht, dass, abgesehen von den kleineren Erdölländern und von der Sowjetunion, die doch aber in gewisser Beziehung zur Standard Oil steht, nur die beiden angelsächsischen Mächte im Erdöl zu den Haves gehören, die ganze übrige Welt aber zu den Have nots. Und wenn man sagt, dass das im Frieden ja nur ein normales Preisproblem sei, weil die Konzerne ihre Ware loswerden wollen und weil sie bei Preisübersteigerungen die Aussenseitergefahr und die synthetische Erzeugung heraufbeschwören, so haben doch monopolistische Preisfestsetzungen immer die Neigung, zu Preisdiktaten zu werden. Dazu aber kommt die imperialistisch-politische Einstellung der Erdölkonzerne, nicht nur untereinander, sondern auch gegen die übrige Welt, ihr — man darf auch wieder sagen — kriegswirtschaftliches Gepräge. Hinter den Konzernen stehen die Staaten, wie überhaupt das internationale Kartellwesen mehr und mehr seinen privaten Charakter abstreift und halb- oder ganzstaatlich wird. Besonders deutlich ist dies bei dem seit Juni 1934 in Kraft befindlichen Kautschukrestriktionsabkommen, das zwischen den Regierungen aller asiatischen Pflanzungsgebiete abgeschlossen worden ist. Es wirkt, wie nachher noch erwähnt werden soll, durchaus günstig, und doch könnte es, gerade wegen seines staatlichen Charakters, einmal auch aufs schwerste missbraucht werden. Ähnliches gilt für den internationalen Zinnausschuss. Deshalb lässt sich, praktisch genommen, Beschaffungsproblem und Preisproblem gar nicht mehr trennen, genau wie Krieg und Frieden nicht mehr auseinanderzuhalten sind. Was heute nur Preisproblem ist, kann morgen Beschaffungsproblem sein, und was heute Beschaffungsproblem ist, kann morgen nur ein Preisproblem darstellen.

Um diese Wandlung vom Beschaffungsproblem zum Preisproblem zu demonstrieren, sei auf die schon erwähnten Spezialmetalle aufmerksam gemacht. Im allgemeinen darf man behaupten, dass bei den in grossen Mengen vorhandenen Standardrohstoffen mehr der Preis in Betracht kommt, bei den Spezialrohstoffen dagegen mehr die Frage der Beschaffung. Aber wenn etwa in der Förderung des Quecksilbers zu Spanien und Italien noch die Nordamerikanische Union und Russland treten sollten, die beide immerhin schon gewisse Produktionsmengen aufweisen, so würde sofort das Beschaffungsproblem zum Preisproblem zusammenschrumpfen, freilich zu einem gar nicht kleinen Preisproblem, da das heute nur Spanien und Italien umfassende Quecksilberkartell sich natürlich mit allen Kräften bemühen würde, auch die neuen Grossproduzenten zu sich heranzuziehen. Wie aber bei der heutigen Kriegswirtschaft im Frieden ein Warenmangel selbst bei Standardprodukten eintreten kann, dafür sei als Beispiel die gegenwärtige Eisen- und Stahlknappheit in England angeführt, die zwar keinen Rohstoff betrifft, sondern ein Halbprodukt, die aber die Lage auch für Rohstoffe, z. B. augenblicklich für das von allen Seiten (Rüstungsindustrie, Elektrizitätsindustrie, Schiffsbau) begehrte Kupfer, anzeigt. Alle englischen Eisen- und Stahlwerke arbeiten zurzeit mit höchster Leistung, und doch steht für die Ausfuhr kaum noch Eisen und Stahl zur Ver-

fügung. Der Grund sind die enorm verstärkten Rüstungen. Der Eisenerzimport kann da, trotz verstärkter Inlandsförderung, nicht mitkommen, es mangelt bereits so sehr an Eisenerz, dass gewisse Hochöfen wegen Erzmangels ausgeblasen werden sollen. Aus Deutschland aber wissen wir, dass man dort mit Freude Rüstungsaufträge fremder Staaten annehmen würde, wenn nur nicht die Werke für den eigenen Heeresbedarf bereits übergenug beschäftigt wären. Der Chef der Firma Krupp hat sich zwar kürzlich selbst nach Ankara begeben, um noch einen Teil der Lieferungen für die Wiederbefestigung der Dardanellen zu erhalten, es ist aber sehr fraglich, ob seine Betriebe einen grösseren Auftrag in naher Zeit überhaupt bewältigen könnten. In Deutschland und in Italien hat man sogar der Rüstungen wegen den privaten Wohnungsbau stark vernachlässigt. Reichsbankpräsident Dr. Schacht aber scheint auf seiner Reise im November 1936 nach Ankara nicht so sehr Bestellungen der Türkei im Sinne gehabt zu haben als die Baumwollkultur im Süden und Südwesten Anatoliens. Schon vor dem Kriege plante Deutschland in Verbindung mit der Bagdadbahn die Umwandlung Ciliciens und eines Teiles von Mittelanatolien in eine mächtige, allein für Deutschland produzierende Baumwollzone, heute werden diese Bestrebungen erst recht wieder aufgenommen, wobei freilich die Zahlungsregelung noch grosse Schwierigkeiten machen wird. Dies Projekt wirft übrigens auch ein Licht auf die Bedeutung, die Deutschland nach wie vor der Naturbaumwolle beimisst, und lässt den offiziellen Optimismus hinsichtlich der Produktion von Ersatzstoffen als recht gekünstelt erscheinen.

Ein anderes deutsches Beispiel besagt noch mehr, wie die Rohstoffbeschaffung durch die Rüstung notleidet. Es ist bekannt, dass Deutschland sich mit allen Kräften bemüht, und dies grade aus strategischen Gründen, zur Lebensmittellautarkie zu gelangen. Nun ergibt aber die offizielle Statistik, dass die landwirtschaftlichen Anbauflächen trotz Kultivierung von Ödländereien in den letzten Jahren nicht sich vergrössert, sondern sich vermindert haben. Noch 1933 wurden in Deutschland 12 095 000 Hektar mit Getreide bestellt, 1936 aber nur noch 11 540 000 Hektar, also über 500 000 Hektar weniger, ein Gebiet, grösser als die gesamten Ackerflächen der Länder Thüringen oder Baden und grösser als die gesamte mit Zuckerrüben, einer der wichtigsten Ackerfrüchte, bestellte Fläche. Es kann nicht bezweifelt werden, dass die Ursache hierfür in der Beanspruchung riesiger Gebiete für Übungsplätze, Befestigungsbauten und Flughäfen liegt. Die Rüstung kompliziert hier im Innern genau so das Rohstoffproblem wie im Falle des Einkaufs ausländischer Rohstoffe. Und der Fall liegt deshalb besonders hoffnungslos, weil Deutschland unzweifelhaft auf der Seite der Have nots steht, während England, obwohl Abwertungsland, die Haves sogar noch befiehlt.

IV. Eigene Rohstoffquellen durch Kolonien und synthetische Erzeugung

Selbst aber das grosse Britische Weltreich möchte seinen Wirtschaftsradius erweitern. Darauf läuft eine Idee hinaus, die vor kurzem die englische Lloyds Bank in einigen ihrer Monatsberichte propagiert hat. Mit einer Neu-

ordnung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse müsse, so meint der Redaktor des „Economist“, D. Graham Hutton, in einem engeren Kreise begonnen werden. Man werde zur Bildung eines Welthandelsklubs der Nationen übergehen können, um die Weltwirtschaft innerlich ihrer Gesundung entgegenzuführen. Für diese Vereinigung kämen in erster Linie diejenigen Länder in Frage, die die Voraussetzung einer finanziellen, fiskalischen und kommerziellen Gleichartigkeit erfüllen: Grossbritannien, die britischen Dominien, Kolonien und Mandate, die vier skandinavischen Länder als Einheit, Argentinien, Belgien, Portugal und die drei baltischen Staaten, alles Länder, die dem Sterlingblock angehören oder ihm doch nahestehen. Hutton zählt eine Reihe von Forderungen auf, die innerhalb des Klubs allmählich durchzusetzen seien, so eine Gemeinschaft der Zentralbanken für einen gemeinsamen Zahlungsausgleich und einen allmählichen Abbau der Einfuhrkontingente. Eine Regelung also des Absatz- und Rohstoffproblems in ganz grossem Massstabe, grösser noch als der Empiremassstab, ist geplant, eine Regelung des Rohstoffproblems sowohl im Punkte der Beschaffung wie in dem des Preises. Allerdings soll auch den Have nots, namentlich den grossen, Deutschland, Italien und Japan, dadurch eine wichtige Konzession gemacht werden, dass der Grundsatz der Offenen Tür im Kolonialhandel erneuert wird. In der Tat herrschte lange Zeit im 19. Jahrhundert in England der Gedanke, dass die Kolonien eigentlich Gemeingut aller Nationen sein müssten. Im Cobdenvertrag mit Frankreich von 1860 und im britischen Vertrag mit dem Deutschen Zollverein von 1865 hiess es, dass die Erzeugnisse Frankreichs oder der Zollvereinsstaaten in den britischen Kolonien und Besitzungen keinen höheren oder anderen Eingangsabgaben unterliegen sollten als die gleichartigen englischen Erzeugnisse. Es ist aber charakteristisch, dass der Huttonsche Vorschlag mit der einen Hand nimmt, was er mit der anderen gibt: schliesslich ruht doch der Nachdruck auf der Vergrösserung des britischen Wirtschaftsraumes, und wenn dabei die skandinavischen Staaten einbegriffen sind, so ist der Gedanke nicht von der Hand zu weisen, dass es da nicht zuletzt auf die enormen und qualitativ ausgezeichneten schwedischen Eisenerzlagerstätten abgesehen ist.

Ein sehr viel kleinerer Welthandelsklub ist bereits in voller Verwirklichung begriffen: die Kleine Entente. Genauer gesagt, hier im Südosten Europas ringen drei Konstruktionen, die einem Welthandelsklub sehr ähnlich sehen, miteinander: die deutsche, die italienische und die der Kleinen Entente. Die Kleine Entente bemüht sich schon seit langem, ihr politisches, in erster Linie gegen den ungarischen Revisionismus gerichtetes Bündnis zu einem Wirtschaftsbund zu erweitern. Ihre letzte Jahreskonferenz, Mitte September 1936 in Pressburg, und die Tagung ihres Wirtschaftsrats Mitte Oktober in Bukarest, die zur Konstituierung einer mitteleuropäischen Wirtschaftszentrale in Prag geführt hat, sind auch angeblich dem Ziel einer Rohstoffautarkie der drei Staaten erheblich näher gekommen, wobei man natürlich den Autarkiebegriff nur in sehr eingeschränktem Masse verstehen darf. Es handelt sich im wesentlichen darum, dass stärker als bisher jedes der drei Länder einen wirtschaftlichen Sondercharakter erhalten soll, damit ein Land das andere ergänzt. Wie schwierig

ein Wirtschaftsbündnis bei allzu grosser Gleichförmigkeit der Produktion ist, zeigt das Beispiel der baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland, die trotz aller Anläufe nicht zu wirklicher Kooperation kommen können. In der Kleinen Entente besitzt rohstoffmässig Rumänien seine Eigenart durch das Erdöl, Jugoslawien durch seinen Metallreichtum, namentlich an Eisenerzen und Kupfer. Italiens Wirtschaftskonstruktion aber im Südosten ist durch die Römischen Protokolle vom 17. März 1934 mit Österreich und Ungarn vorgezeichnet, während Deutschland sich ausser an Ungarn vor allem an Jugoslawien zu halten sucht, das mit den Wirtschaftsbeziehungen innerhalb der Kleinen Entente nicht zufrieden ist und das auch durch die Beteiligung an den Sanktionen gegen Italien einen grossen Teil seines italienischen Absatzes verloren hat. Freilich wird selbst ein enges Wirtschaftsverhältnis Deutschlands zum Balkan das Dritte Reich nur ein wenig aus seinen Rohstoffschwierigkeiten befreien können. Gewisse Erleichterungen im Lebensmittel- und Futtermittelbezug und im Bezug von Metallen wiegen noch nicht das Fehlen der tropischen und subtropischen Rohstoffe auf.

So hat Hitler gleich in der Eröffnungsproklamation des diesjährigen Nürnberger Parteitages die Lösung der deutschen Rohstofffrage nicht in einer Balkanorientierung, sondern in Kolonien und in der synthetischen Erzeugung von Rohstoffen gesucht. Vor allem fordert er Kolonien, auch zu Siedlungszwecken, und daneben verheisst er Lösung des Rohstoffproblems in einem Vierjahresplan mit grossartiger künstlicher Erzeugung. «In vier Jahren muss», so erklärte er, «Deutschland in allen jenen Stoffen vom Ausland gänzlich unabhängig sein, die irgendwie durch die deutsche Fähigkeit, durch unsere Chemie und Maschinenindustrie sowie durch unseren Bergbau selbst beschafft werden können. Der Neuaufbau dieser grossen deutschen Rohstoffindustrie wird auch die nach Abschluss der Aufrüstung freiwerdenden Menschenmassen nationalökonomisch nützlich beschäftigen. Wir hoffen, damit die nationale Produktion auf vielen Gebieten erneut steigern zu können, und zwar im inneren Kreislauf unserer Wirtschaft, und damit die aus unserem Export stammenden Eingänge in erster Linie für die Lebensmittelversorgung bzw. für die Versorgung mit den uns dann noch fehlenden Rohstoffen zu reservieren.»

Was diese synthetische Herstellung anlangt, so ist mit Recht darauf hingewiesen worden, dass nur ein verhältnismässig sehr kleiner Teil der deutschen Einfuhr dadurch überflüssig gemacht würde. Allein 40 Prozent des deutschen Imports werden durch Lebensmittel beansprucht. Andere wichtige Posten wie Metalle und Holz unterliegen ebenfalls nicht industrieller Ersatzproduktion. Bei einem Faktor wieder wie Textilien, dem zweitwichtigsten Einfuhrposten überhaupt, ist eine Ersatzproduktion mit Beimischungszwang schon längst im Gange und lässt sich doch aus Qualitätsgründen nur bis zu einer bestimmten Grenze steigern. Überhaupt sind fast alle Ersatzstoffe qualitativ minderwertig, und wo diese Minderwertigkeit, wie beim künstlichen Stickstoff oder bei dem jetzt in Deutschland unter dem Namen Buna erzeugten synthetischen Kautschuk, nicht vorhanden ist, da ist doch immerhin der Ersatz nicht absolut identisch mit dem Naturprodukt. Man hat nun freilich gesagt, wo früher eine Sorte natürlichen Gummis zur Verfügung gestanden habe, würden in Zukunft die

verschiedenen Arten von Buna und Butadien mit unterschiedlicher Elastizität, Öl- und Wasserfestigkeit, Reibungsstärke usw. ausgearbeitet werden können. Ebenso würden auch bei anderen synthetischen Produkten leichter Varietäten zu erzielen sein als bei den Naturerzeugnissen. Abgesehen aber davon, dass auch beim natürlichen Erzeugnis die Verarbeitung oder die verschiedene Herkunft in der Regel Varietäten erlaubt und dass ständig verbesserte Arbeitsmethoden das immer mehr gestatten, wünscht doch in der Regel die Industrie grade eben die natürliche, seit Generationen erprobte und von den Konsumenten begehrte Beschaffenheit. Vielleicht werden durch die synthetische Produktion neue Bedürfnisse entstehen, aber das sind dann Zusatz-, nicht Ersatzbedürfnisse. Es gibt eben im Grunde keinen Ersatz, weil jedes Produkt seine spezifische Qualität hat; man denke auch an die Kunstseide, die mit der Naturseide sogar kaum noch etwas zu tun hat. Trotz aller möglichen Ersatzfasern hat, anlässlich der Erholung der Weltwirtschaft und der Besserung der Kaufkraft, der Baumwollverbrauch der Welt im Jahre 1935 erheblich zugenommen. Der Weltmarkt versagt sich eben sehr häufig den synthetischen Produkten, und der oft geäußerte Glaube, dass Deutschland aus ihrem Export sogar noch für die Devisenbeschaffung wesentlichen Nutzen ziehen könnte, ist Illusion. Die mit dem Stickstoffexport gemachten guten Erfahrungen lassen sich nicht verallgemeinern, diese vortrefflichen Resultate haben aber insofern verhängnisvoll gewirkt, als sie zu solchen Generalisierungen verlockten. Es hat sich ja auch schon gezeigt, dass der Beimischungszwang von Ersatzstoffen — z. B 25 Prozent Papiergarn zu Jutegarn und Jutesäcken — ein tiefes Misstrauen gegen den deutschen Export geschaffen hat. Nicht ohne Grund, denn als schlechthin wollene Waren gelten alle solche, die bis zu 20 Prozent wollefremde Zusätze enthalten. Höchstens kann man Patente und Lizenzen für synthetische Verfahren in ein Ausland, das auch unter Rohstoffnöten leidet, verkaufen. So hat kürzlich eine Lodzer Fabrik die neue italienische Herstellungsmethode von Kunstwolle aus Milch, bekannt unter dem Namen Lanital, erworben. Das Produkt soll in Polen unter dem Namen Polonit vertrieben werden, gerechnet wird mit einer Ersparnis von 12 % der bisher importierten Wolle für den polnischen Wirtschaftsbereich. Abgesehen aber davon, dass sich die Lodzer Ausfuhr damit nicht beliebter macht, entgeht wieder Italien eine Exportmöglichkeit nach Polen, vorausgesetzt, dass in diesem Falle das künstliche Produkt billiger ist als das natürliche. Ist das aber nicht der Fall, so werden Patent- und Lizenzverkäufe ins Ausland für synthetische Produkte in der Regel nur bei Staaten in Frage kommen, zwischen denen keine politischen Konflikte zu befürchten sind, sonst würde die Wehrwirtschaft das auf der anderen Seite einbüßen, was sie auf der einen gewinnt.

Zur Schädigung des Exportrenommées bei Begründung synthetischer Produktion tritt der Umstand, dass die Anlage riesiger Ersatzfabriken grade wieder bestimmte Mengen von solchen Rohstoffen benötigt, an denen Deutschland — und dasselbe gilt für alle in ähnlicher Lage befindlichen Länder — zurzeit keinen Überfluss hat, um mit dem «Deutschen Volkswirt», dem Organ des Reichsbankpräsidenten Schacht, zu sprechen. Schliesslich würde ein

Deutschland, das einen erheblichen Teil seiner Rohstoffe schlecht und recht selber herstellt, eine schwere Störung des Weltrohstoffmarktes und der Wirtschaft gewisser rohstoffliefernder Länder bedeuten, würde also die Weltwirtschaft noch mehr durcheinanderbringen. Man erinnere sich an die Not Chiles nach der Einführung des künstlichen Stickstoffes; das gesamte chilenische Staatsbudget, das zum grossen Teil auf dem Salpeter aufgebaut war, begann zu wanken. Vermutlich würden auch, wenn Deutschland im grösseren Umfange zur synthetischen Erzeugung überginge, andere grosse Have nots nachfolgen, während die kleinen rohstoffhungrigen Länder zu einer solchen Umstellung der Wirtschaft kaum imstande wären, schon weil ihr innerer Markt zu klein ist. Die Kleinen würden also immer noch kleiner werden und würden dadurch noch mehr in die Gewalt der Grossen fallen, eine besonders unerwünschte Konsequenz. Der neben England wichtigste Käufer australischer Wolle, Japan, hat Australien, mit dem er wegen seines Dumpings in einen Handelskrieg geraten ist, gedroht, zur autarkischen Produktion von Kunstwolle überzugehen. Wie weit das im Falle des Gelingens den australischen Wollmarkt erschüttern würde, steht dahin — die letzten australischen Wollauktionen sind trotz japanischer Nichtbeteiligung gut verlaufen —, sicher aber ist, dass nur eine Grossmacht wie Japan überhaupt solche Drohung auszusprechen vermag. Auch hat das japanische Wirtschaftsministerium angekündigt, dass es auf Basis der riesigen mandschurischen Kohlenlager das Kohleverflüssigungsverfahren, die Umwandlung von Kohle in Öl, in Mandschukuo durchführen werde. Schliesslich ist bereits von einem grossen japanischen Konzern die Produktion von synthetischem Gummi aufgenommen worden. Freilich würden bei Übergang grosser Have nots zu synthetischer Produktion die Kleinen wieder von den gesunkenen Preisen der natürlichen Rohstoffe profitieren. Aber indem die Rohstoffstaaten in schwerste Bedrängnis gerieten, würde ihre Kaufkraft so geschwächt, dass schliesslich ein neues Emporflammen der Weltkrise die Folge wäre.

Bisher ist eine synthetische Produktion grossen Umfanges stets an ihrer Unwirtschaftlichkeit gescheitert; auch hier bildet wieder die Stickstoffindustrie eine rühmliche Ausnahme. Die Kohleverflüssigung ist nicht nur theoretisch längst erfunden, in verschiedenen Verfahren sogar, sondern auch praktisch, in Leuna bei Merseburg z. B. und in Duisburg-Meiderich, seit langem erprobt; aber da ihre Kosten doch allzusehr die der Gewinnung des natürlichen Öls überstiegen, hat sich der künstliche Stoff bisher nicht durchsetzen können. Das in Deutschland fabrizierte synthetische Gummi, das an sich, wie schon erwähnt, gut ist, kommt doch fünfmal so teuer wie das natürliche Produkt, das künstliche Benzin dreimal so teuer, die künstliche Wolle doppelt so teuer. Je mehr aber Kriegs- und Friedenswirtschaft ineinander übergehen, desto weniger spielt hier das übliche Rentabilitätsprinzip eine Rolle. Die deutschen Tankstellen werden künftig in einem gewissen Verhältnis zum bisherigen Umsatz in Naturbenzin synthetisches Benzin führen müssen, und Hitler hat schon angekündigt, dass sie in ein paar Jahren nur noch synthetisches Benzin führen dürfen. «Und Neun ist Eins und Zehn ist Keins. Das ist das Hexen-Einmaleins.» Dieser Spruch der Hexe im «Faust» ist auch der Leitsatz der kriegswirtschaft-

lichen Rentabilität. Der Staat finanziert die Ersatzbetriebe in grossartiger Weise, er ist es übrigens auch, der finanziell für die Verlegung der Fabriken aus militärisch gefährlichen Gegenden in weniger gefährdete sorgt. So bietet die synthetische Produktion Anreiz zu immer weiterer Planwirtschaft, zu immer weiterer Verkoppelung des militärischen mit dem zivilen Faktor. Nur selten lassen sich die beiden Faktoren so rationell vereinen wie in der Stickstoffindustrie, wo die Fabriken im Frieden Düngemittelerzeugung, im Kriege Sprengstoffherzeugung betreiben können. Die Missachtung der regulären Produktivität und Rentabilität führt zu steigenden Devisenschwierigkeiten und damit zu immer intensiverer Zwangsautarkie. Grade umfassende synthetische Produktion muss ein Anwachsen der Rohstoffnöte zur Folge haben; von einem erleichterten Bezug der dann immer noch fehlenden Rohstoffe, wie es der deutsche Reichskanzler erhofft, kann nicht die Rede sein. Dazu kommt noch, dass Deutschland um so weniger auf Absatz seiner Industrieprodukte rechnen kann, je mehr es sich seine Rohstoffe selber macht.

Nicht zu vergessen ist auch, dass die Unwirtschaftlichkeit der Produktion natürlich bedeutet, dass erheblich mehr Arbeitszeit in das Produkt gesteckt werden muss als bei rationeller Erzeugung. Im Frieden heisst das, in Verbindung mit der Grundidee, dass im Inland hergestellt wird, was sonst aus dem Ausland importiert werden muss: Arbeitsbeschaffung, aber im Kriege, wo jeder Mann, der für die Produktion gebraucht wird, für die Front ausfällt, wendet sich dieser Vorzug in sein Gegenteil. Da aber auch im Frieden nicht mehr normale Zustände herrschen, sondern auch hier schon die Kriegswirtschaft dominiert, handelt es sich bei der synthetischen Produktion letzten Endes grade vom wehrwirtschaftlichen Standpunkt um Menschenvergeudung. Was zugunsten der Expansionsrentabilität in Nichtachtung der landläufigen Rentabilität begonnen wurde, wird wieder von der Expansionsrentabilität verworfen, ein Zeichen, wie künstlich überhaupt diese Abweichung von den bisher gültigen Rentabilitätsprinzipien ist.

Aus allen diesen Gründen ist der Hitlersche Rohstoffvierjahresplan in der Hauptsache als Drohung aufzufassen. In der Hauptsache, denn einiges wird sicher in bezug auf synthetische Erzeugung geschehen, nachdem General Göring mit der Durchführung des Vierjahresplanes betraut worden ist. Göring hat auch schon eine umfangreiche neue Behörde mit sechs Abteilungen (Roh- und Werkstoffherzeugung, Rohstoffverteilung, Arbeitseinsatz, landwirtschaftliche Erzeugung, Preisbildung, Devisenangelegenheiten) geschaffen. Das ist sofort mit tiefen Eingriffen in die Verfügungsfähigkeit des Unternehmers verbunden gewesen; seine Bewegungsfreiheit ist hinsichtlich der Zusammensetzung der Arbeiterschaft, besonders in der Metall- und Bauindustrie, scharf eingeschränkt worden, und auch auf die privaten Bauprojekte greift diese neue Diktatur über. Dennoch aber ist diese Ersatzproduktion selbst nur Ersatz. Man weiss, dass Schacht wenig davon hält, aber er hat wohl auch nichts dagegen gehabt, dass der Plan in Nürnberg entrollt wurde, weil man bei Eröffnung des Parteitages allgemein unter dem deprimierenden Eindruck einer Verringerung des an sich so winzigen deutschen Goldschatzes stand. Seit Mitte August 1936 nämlich

musste Deutschland zur Bezahlung von Rohstoffimporten wieder Gold abgeben, ein Zeichen, dass der Schachtsche Plan, nur so viel zu importieren, wie man durch Warenexport Erlösen könne, gescheitert war. Bezeichnend ist, dass das Mitsubishi Economic Research Bureau vor kurzem die Unmöglichkeit einer Autarkisierung der japanischen Wirtschaft in den Grenzen des Mutterlandes ausdrücklich festgestellt hat. Es wird dabei konstatiert, dass die Rohstoffquote am Gesamtimport, die zwischen 1929 und 1931 bereits 70 % betrug, sich in der letzten Zeit auf 80 % erhöht habe. Jedenfalls steht für Schacht wie Hitler ohne Zweifel in erster Linie die Kolonialforderung, und auch wenn sie, um England nicht allzusehr zu verstimmen, zeitweilig zurückgedrängt oder in intime diplomatische Verhandlungen verlegt werden mag, bleibt sie doch stets entscheidend. Gebt ihr uns keine Kolonien, so greifen wir zur synthetischen Erzeugung, und ihr habt dann alle Konsequenzen zu tragen. Nicht Kolonien *und* synthetische Erzeugung, sondern entweder Kolonien oder synthetische Erzeugung, dies war der eigentliche Sinn der Nürnberger Rede. Aber jede Neuregelung der Kolonialfrage setzt entweder voraus, dass Grossmächte verzichten und sie denken, wie wir gleich sehen werden, nicht daran — oder dass den kleinen Kolonialvölkern, deren Kolonialbesitz in keinem Verhältnis zur Grösse des Mutterlandes steht, etwas fortgenommen wird. Es gibt drei solche kleinen Kolonialnationen: Holland, Belgien und Portugal. Holland kommt gar nicht in Frage, denn einmal hat es sein südostasiatisches Kolonialreich vorzüglich aufgeschlossen und dann liegt dies Reich unter den Augen Japans, das bei einer Vakanz sofort seine Ansprüche anmelden würde. Denkt man aber an Holländisch-Guayana, so würden wieder die Vereinigten Staaten kraft der Monroedoktrin zur Stelle sein. Ebenso schwere Störungen des Weltfriedens wären mit einem Herrschaftswechsel im Kongostaat verbunden. Dies afrikanische Zentralgebiet auf der Route Kap—Kairo mit seinen ungeheuren Bodenschätzen, man erinnere sich wieder des Katangadistrikts, des grössten Kupferbezirks der Welt, ist für England, das hier starke finanzielle Interessen hat, aber auch für die Südafrikanische Union, ein *Noli me tangere*. Doch selbst Portugal, das man bei Neuverteilungserwägungen zunächst im Auge zu haben pflegt, weil schon mehrfach, 1898 und dann kurz vor dem Weltkrieg, Verhandlungen zwischen England und Deutschland wegen Teilung seiner grossen afrikanischen Kolonien geschwebt haben, könnte sein Kolonialbesitz heute nur unter schlimmsten Weltgefahren genommen werden. Die diffizile Ausgewogenheit der afrikanischen Verhältnisse steht hier auf dem Spiel. Schon bei der Besetzung Abessinien durch Italien hat die Südafrikanische Union, die bekanntlich unter sehr prekären Eingeborenenverhältnissen zu leiden hat, die mühsame Ausbalanzierung des afrikanischen Besitzstandes ins Feld geführt, und dieser Gesichtspunkt käme bei dem Problem der Aufteilung des portugiesischen Kolonialbesitzes erst recht in Frage. Es kann kein Zweifel sein, dass ihn London genau so vertritt wie Pretoria. Wenn also die Grossmächte entscheidende Veränderungen im Besitzstand der kleinen Kolonialmächte ablehnen, so verfolgen sie dabei ihre eigenen Zwecke. In einer Zeit hemmungsloser Machtpolitik kommt das Interesse der Kleinen in letzter Reihe.

Der innerste Grund der grossen Gefährlichkeit, die Kolonialfrage überhaupt anzufassen, beruht darin, dass alle grossen Kolonialmächte sich in Überwindung der Freihandelsepoche ein ganz bestimmtes, politisches und wirtschaftlich geschlossenes Reich konstruiert haben, und dass diese Reiche untereinander sich grade eben noch gegenseitig tolerieren, grade eben noch gegenseitig die Machtsphären der anderen anerkennen. Das Ganze ist ein äusserst luftiger Bau, etwas mehr als ein Kartenhaus, aber doch nur ein Gebäude mit fragilem Fundament und leichten Wänden. Wer ein Überseereich besitzt, macht ja auch Anspruch auf eine grosse Flotte, und wir wissen, dass schon einmal ein mächtiger Krieg hauptsächlich der Flottenrivalität wegen ausgebrochen ist. Es existiert zwar nicht mehr das eine Universalreich früherer Tage oder die zwei Weltreiche, die miteinander um die Herrschaft rangen, wie Rom und Karthago, sondern ein Nebeneinander von grossen Reichen, aber grade dies Nebeneinander ist für Störungen sehr empfindlich. Abessinien war ja für England nicht nur ein afrikanisches Problem, als das es von Südafrika betrachtet wurde, sondern vor allem ein Reichsproblem, weil ihm eine italienische Festsetzung in Abessinien ein Eingriff in die britische Reichskonstruktion zu sein schien. Und so hat jedes Imperium seinen konstruktiven Plan, auch die Monroe Doktrin ist ja für die Vereinigten Staaten nichts anderes. Würde sich Deutschland irgendwie in dies Weltgefüge einnisten, dies aktivistische, von Energien gepeitschte Deutschland, so wäre der ganze Bau bedroht. Immer mehr greift die zunächst für Europa aufgestellte Wahrheit, dass der Friede unteilbar sei, auf die Welt über, und es ist leicht möglich, dass der abessinische Krieg der letzte spezifische Kolonialkrieg gewesen ist; auch er wurde ja nur unter grössten Mühen in dieser Begrenzung gehalten. Und da die früheren deutschen Kolonien schon allesamt in dies Nachkriegsweltgefüge eingespannt sind, hat Deutschland im Grunde genau so wenig Aussichten, diese wie andere koloniale Besitzungen zu erhalten. Charakteristisch dafür war, dass der konservative Parteitag im englischen Seebad Margate von Ende September 1936 in einer mit riesigem Beifall angenommenen Resolution das Prinzip der Nichtübertragung der Mandatsgebiete ausgesprochen hat. Man wollte damit der Regierung jede Möglichkeit, die früheren deutschen Kolonien als Kompensationsobjekte zu benutzen, verlegen.

Höchstens käme der nach Wegfall Abessiniens einzige noch unabhängige afrikanische Staat, Liberia, in Betracht, der zwar in die amerikanische Interessensphäre fällt (Finanzkontrolle) und in dem sich auch amerikanische Gummipflanzungen befinden, an dem sich aber Amerika doch mehr und mehr desinteressiert hat und an dem auch andere Kolonialmächte vielleicht kein vitales Interesse nehmen. Die grossen natürlichen Reichtümer — Baumwolle, Kautschuk, Kakao, Ölpalmen usw. — werden nur sehr ungenügend ausgenutzt. Dass das Land Mitglied des Völkerbundes ist, wäre nach den abessinischen Erfahrungen kein absolutes Hindernis, aber es ist für afrikanische Verhältnisse klein, etwa nur doppelt so gross wie die Schweiz, und bietet als rein tropisches Niederungsland keine Siedlungsmöglichkeit für Europäer. Deutschland würde es nehmen, wenn man es ihm anböte, aber es wäre damit nicht gesättigt.

V. Das Rohstoffproblem als Gegenstand politischer Erwägungen

Vom Standpunkt aber der Schweiz und vom Standpunkt der kleinen rohstoffarmen Völker überhaupt ist keine Lösung der Rohstofffrage vorhanden, wenn noch eine grosse Nation mehr an der kolonialen Beute beteiligt wird. Im Gegenteil: da jede grosse, zur Weltverteilung hinzugezogene Macht eine neue Reichskonstruktion mitbringt, so verengt sich der Betätigungsraum für die kleinen Nationen nur noch peinlicher. Die Schweiz würde gewiss Deutschland Kolonien nicht neiden, ja, wenn der Massstab der Gerechtigkeit angelegt wird, so gebührt einem Fünfundsechzigmillionenvolk Kolonialbesitz, aber das Problem der Rohstoffversorgung der rohstoffarmen Völker wäre dadurch, generell gesprochen, seiner Lösung in einer imperialistischen Epoche erst recht fern gerückt. Die Kleinen haben deshalb alles Interesse, dass jenseits der Alternative: Kolonien oder synthetische Rohstoffe (die freilich, wie wir gesehen haben, nur eine Scheinalternative ist), ein dritter Weg zur Lösung des Rohstoffproblems gefunden wird. Nicht minderes Interesse aber haben auch die grossen Haves, die grossen Have nots von dem Kolonialappetit abzulenken. In diesem Sinne, und wohl nur in diesem, ist die berühmte Rede des damaligen britischen Aussenministers Sir Samuel Hoare vor dem Völkerbundsrat vom 11. September 1935 zu verstehen. Einige Länder, so führte er aus, hätten eine Überfülle von kolonialen Rohstoffen, und dies habe Befürchtungen ausgelöst. Warum solle man nicht das Problem der Neuverteilung gewisser Rohstoffe unter die Industrieländer neu studieren? Freilich, die Leidenschaften einer Kriegsdrohung dürften damit nicht verknüpft sein.

Seitdem ist das Wort von der Neuverteilung der kolonialen Rohstoffe zu einem Schlagwort geworden, wie das aber stets bei solchen Phrasen ist, denkt sich niemand etwas Bestimmtes darunter. Und auch Hoare hat sich sehr wohl gehütet, seine These zu konkretisieren, dann nämlich hätte sich herausgestellt, dass es nur eine Ablenkungsthese war. Natürlich hat man inzwischen eine Konferenz zur Regelung dieser Frage vorgeschlagen, aber sie hätte doch nur dann einen Nutzen, wenn man sich vorher über die Lösungsmöglichkeiten klar geworden ist, sonst erlebt man dasselbe wie auf der Londoner Weltwirtschaftskonferenz von 1933, auf der ja ebenfalls schon das Rohstoffproblem erörtert wurde. Auch die englische Labouropposition bewegt sich hier in Allgemeinheiten. In der Unterhaussitzung vom 5. Februar 1936 wurde eine vom Labourführer Landsbury eingebrachte Resolution diskutiert, die die britische Regierung aufforderte, die Initiative zur Regelung der Weltversorgung mit Rohstoffen zu ergreifen und zu diesem Zweck eine neue Weltwirtschaftskonferenz einzuberufen. Er wolle keine Verteilung des Britischen Weltreiches, betonte Landsbury, sondern eine Vereinheitlichung der Rohstoffversorgung zum Besten aller Nationen. Keine dürfe mehr Rechte haben als die andere. An der britischen Regierung sei es, hierbei die Führung zu übernehmen und ihre sämtlichen Rohstoffquellen zu öffnen. Der bekannte Labourabgeordnete Alfred Salter schloss sich dem an und ermahnte ausser England auch Frankreich, seine Wirtschaftspolitik radikal zu ändern, anderenfalls der Krieg unvermeidlich sei. Noch weiter ging Lloyd George, der auch die Kolonialmandate zum Gegenstand der Prüfung

machen wollte. Für die Regierung antwortete der Unterstaatssekretär im Foreign Office Cranborne, man habe nichts gegen eine internationale Konferenz, doch müsse sie wirklich auf Rohstofffragen beschränkt sein, denn für eine neue Weltwirtschaftskonferenz sei die Zeit noch nicht da. Vorsichtiger noch drückte sich Eden in seiner Unterhausrede vom 24. Februar 1936 aus: eine Rohstoffkonferenz hänge von vielen schwer übersehbaren Faktoren ab und sei auch ganz gewiss kein Heilmittel für alle unsere Nöte. Immerhin, man könne eine Konferenz versuchen, und Genf sei dafür der geeignete Ort. Dieser Hinweis auf den Völkerbund sollte wohl ein Fingerzeig für Deutschland sein. Auch der frühere Kolonialminister Thomas liess sich im Unterhaus vernehmen. Im Einklang ohne Zweifel mit der englischen öffentlichen Meinung erklärte er nachdrücklicher noch als Hoare, weder eine Neuverteilung der britischen Kolonien, noch eine der Mandate komme in Frage. Dazu hat charakteristischerweise die italienische Presse geschrieben, man könne es in der Tat England ebensowenig wie einem anderen Land übelnehmen, wenn es an seinem mit Gut und Blut erstrittenen Kolonialreich festhalte und eben deshalb sei ja auch Mussolini nach Abessinien gegangen. Auch der Londoner Historiker Toynbee hat in seiner Berliner Rede vom Februar 1936 über aktuelle Probleme der internationalen Politik, bei allem Entgegenkommen an die Forderung der «unzufriedenen Länder» nach Zutritt zu fremden Märkten und Rohstoffquellen, die Hergabe von Kolonien deutlich abgelehnt. England sei Treuhänder dieser farbigen Völker und könne sie nicht beliebig einer anderen Macht zuschieben. Neuerdings hat auch der «Manchester Guardian», das liberale Hauptorgan, im Hinblick auf Deutschlands Kolonialansprüche die Rohstofffrage erörtert. Auch er ist gegen eine Veränderung der kolonialen Herrschaftssphären. Wenn Deutschland seine Kolonien zurückerhalte, so wären die gegenwärtigen deutschen Schwierigkeiten in keiner Weise überwunden. Die beste Lösung würde darin bestehen, allen Staaten die Erlangung sämtlicher Rohstoffe durch Herabsetzung der Zölle und Generalstabilisierung der Währungen zu erleichtern. Schliesslich sei noch der Standpunkt eines kleinen Landes erwähnt. In seinen Vorschlägen für eine bessere Durchführung der Grundsätze des Völkerbundspaktes hat der dänische Aussenminister Dr. Munch die Einsetzung eines Sachverständigenausschusses empfohlen, der die Bedeutung der Frage eines freien Zugangs zu den kolonialen Rohstoffgebieten untersuchen und gegebenenfalls Vorschläge für eine internationale Konvention ausarbeiten soll, die in dieser Frage Garantien bietet. Von allen diesen Vorschlägen ist der des «Manchester Guardian» der konkreteste, aber er hat deshalb wenig Wert, weil das freihändlerische Blatt eben doch nur sein altes Steckenpferd, Rückkehr zum Freihandel, hervorholt. Es heisst das schliesslich nur, das Schlagwort Neuverteilung der Rohstoffe durch ein anderes Schlagwort ersetzen.

Was aber soll geschehen? Lässt sich überhaupt das Rohstoffschlagwort mit einem Inhalt erfüllen? Ganz bescheiden wollen wir so fragen, und ganz bescheiden wollen wir antworten. Es kann sich hier nicht darum handeln, Quacksalberrezepte und Patentmedizinen zu verbreiten, sondern nur auf gewisse Möglichkeiten aufmerksam zu machen, die mehr oder minder realisier-

bar erscheinen. Bedeutsam genug ist es freilich, solche Möglichkeiten zu zeigen, zumal Eden in seiner Rede vor der Völkerbundsversammlung am 25. September 1936 auch nur wieder ganz allgemein versichert hat, dass England zu einer Prüfung der Rohstofffrage im Genfer Rahmen bereit sei. Vor allem die Erhaltung des Friedens, der bei jeder machtpolitischen Lösung des Rohstoffproblems aufs äusserste bedroht wäre, steht zur Debatte. Falls es gelingt, eine rein wirtschaftliche Lösung zu finden, die allen ohne Ausnahme zugute kommt, so hat man drei wesentliche Vorteile: einmal wird der Drang der grossen Mächte, sich durch Gewalt fremde Rohstoffgebiete einzuverleiben, beschränkt, wenn nicht aufgehoben; zweitens wird der Kriegswille, der sich auf den Sonderbesitz von Rohstoffen stützt, das rohstoffmässige potentiel de guerre, abgedämmt, und drittens wird auf diesem vielleicht wichtigsten Gebiet des Wirtschaftslebens eine Demokratie in der Staatenwelt verwirklicht, d. h. der kleine Staat hat genau die gleichen Chancen wie der grosse. Wie man sehr richtig gesagt hat, dass im inneren Leben der Staaten politische Demokratie ohne soziale und wirtschaftliche Demokratie nur Formaldemokratie sei, so darf man behaupten, dass auch im Völkerleben die rein politische Gleichheit nicht genügt. Die auch wirtschaftliche Gleichheit im Sinne eines gleichen Rechts auf die Güter dieser Erde muss um so eher verlangt werden und ist um so eher vielleicht auch durchzusetzen, als nun einmal die volle wirtschaftliche Selbstständigkeit von keinem Staat heute gelebt werden kann und die annähernde auch nur von den Grossmächten. Und diese Gleichheit sollte es mindestens in bezug auf die Rohstoffe geben, es sollte Rohstoffdemokratie, wie man es nennen könnte, vollzogen sein. Die so sehr gewünschte Erweiterung und Organisierung des Weltmarktes wäre damit verknüpft. Freilich sollte man gerade in dieser Hinsicht nicht zu viel erwarten und sollte vorerst auch einmal mit Lösungen zufrieden sein, die ohne machtpolitischen oder doch ohne allzu grossen machtpolitischen Beigeschmack mehr dem Interesse eines speziellen Landes entgegenkommen.

VI. Kolonienersatz durch Chartergesellschaften

Eine solche Lösung ist die durch privilegierte Kolonialgesellschaften, durch sogenannte Chartered Companies. Hier handelt es sich zwar nicht um Gründung oder Übernahme von Kolonien, aber doch um kolonialpolitische Methoden, und diese Nähe zur Kolonialpolitik bildet denn auch den schwachen Punkt dieser Lösung. Man weiss, dass die Chartergesellschaften zur Zeit des Merkantilismus überragende Bedeutung hatten, erinnert sei nur an die verschiedenen ostindischen Kompanien, an die Hudson Bay-Gesellschaft oder an die ersten grossen Handelsgesellschaften auf dem Gebiet der Vereinigten Staaten, die Virginiagesellschaft und die Plymouthgesellschaft. Die britische Ostindienkompanie ist 1858 nach dem Sepoyaufstand aufgelöst worden, und ihre Rechte gingen auf die britische Krone über. Damals glaubte man wohl, die Rolle der Chartered Companies sei ausgespielt, dennoch aber sind sie wenige Jahrzehnte später wieder zur Bedeutung gekommen. 1889 gründete Cecil Rhodes die British South Africa Company, gewöhnlich schlechthin Chartered Company genannt, die die riesigen Gebiete des heutigen Rhodesien, Nord- und

Südrhodesien, in planmässiger Arbeit erschlossen hat. Auch sie freilich erlitt das Schicksal der Ostindischen Kompanie: sie verlor 1923 die Verwaltung des von ihr kolonisierten Landes. Doch auch die deutsche Kolonialpolitik begann in den achtziger Jahren mit privilegierten Handelsgesellschaften. Bismarck vertrat den Standpunkt, dass sie für die Erschliessung des Landes zu sorgen hätten, während das Deutsche Reich nur den militärischen Schutz zu übernehmen habe; deshalb auch in Deutschland der Name Schutzgebiet für Kolonie. Einen Chartercharakter hatte ursprünglich auch die von Witte gegründete Ostchinesische Eisenbahngesellschaft, sie arbeitete als russische Gesellschaft mit umfangreichen Konzessionen der chinesischen Regierung in der Nordmandschurei. Und auch heute sind in der portugiesischen Kolonie Moçambique britische Chartered Companies tätig.

Begrifflich besteht ein grosser Unterschied zwischen derartigen britischen Gesellschaften in einer portugiesischen Kolonie oder einer russischen Gesellschaft auf chinesischem Boden einerseits und andererseits einer Gesellschaft, die entweder im Niemandsland arbeitet, wenigstens vom europäischen Standpunkt im Niemandsland, also auf Indianer- oder Negergebiet, oder die sich doch in einem Land mit nur halbgeordneter Regierung, wie im Indien des siebzehnten Jahrhunderts, niederlässt. Wenn heute an Chartered Companies gedacht wird, so hat man den Typus der britischen Gesellschaft in einer portugiesischen Kolonie im Sinne oder vielleicht sogar einen neuen, noch mehr vom Niemandsland entfernten Typus: privilegierte Handelsgesellschaften in souveränen südamerikanischen Staaten, etwa in den noch nicht so aufgeschlossenen, wie Kolumbien, Ekuador, Bolivien, Paraguay, oder in mittelaufgeschlossenen, wie Brasilien, Venezuela, Peru, oder im höchsten Fall in schon stark aufgeschlossenen, immerhin aber partiell noch sehr aufschliessbaren, wie Argentinien oder Chile. Solche Chartergesellschaften in tropischen oder subtropischen Gebieten hat der deutsche Reichsbankpräsident Dr. Schacht bereits vor Jahren vorgeschlagen, um sowohl die deutsche Rohstoffbeschaffung wie die deutsche Siedlung zu fördern. Ähnlich ist der Gedanke der Bloc Settlements des schwedischen Kolonialpolitikers Helmer Key: er wünscht Erzeugungs- und Siedlungskonzessionen, die einigermassen autonom, aber ohne Souveränität sind, und die sich deshalb sogar in souveräne Staaten einfügen könnten. Polen, rohstoffhungrig und siedlungsbedürftig, denkt, wie man neuerdings hört, nicht so sehr an Kolonien wie an Bloc settlements, vielleicht in Brasilien, vor allem, um dort einen Teil seiner jüdischen Bevölkerung unterbringen zu können.

Springender Gedanke des Schachtschen Planes war, dass diese Gesellschaften unter deutscher Währung exploitieren. Wir haben schon gesehen, dass sich unter dem Einfluss der modernen Devisenschwierigkeiten der imperialistische Begriff der Interessensphären zurückverwandelt hat in den kolonialen Gedanken, nun bemerken wir hier, ebenfalls unter dem Druck der Devisennot, die Idee gleichsam einer minderen Kolonie, der Handelsgesellschaft mit eigener Währung des kolonisierenden Staates. Wie weit in dieser Hinsicht schon Verhandlungen des Dritten Reiches mit Portugal schweben, entzieht sich der Kenntnis der Öffentlichkeit; es wäre jedoch denkbar, dass Portugal, das in

letzter Zeit seine Beziehungen zu England gelockert hat und das, weil es selbst eine Diktatur besitzt, den Diktaturstaaten freundlich gegenübersteht, sich in solche Verhandlungen eingelassen hat, schon um dem alten deutschen Einwand, sein Kolonialbesitz stehe in Missverhältnis zu seiner staatlichen Bedeutung und es sei auch gar nicht in der Lage, seine grossen Kolonien zu erschliessen, die Spitze abzubrechen.

Die Renaissance der Chartered Company ist schon deshalb heute aktuell, weil die Auswanderung immer mehr zur Gruppenauswanderung wird, zu einer organisierten, von den einzelnen Staaten subventionierten Emigration. In den komplizierten Verhältnissen der Gegenwart lässt sich Einzelauswanderung immer weniger erfolgreich durchführen, auch kommt es den Heimatländern mehr und mehr darauf an, ihre Angehörigen zusammenzuhalten, einmal aus ethnischen und moralischen Gründen, dann aber auch, damit diese Auswanderer ihre konzentrierte Wirtschaftskraft zur Förderung der Handelsbeziehungen zwischen neuem Land und Heimatland ausnutzen. Werden diese nationalen Gruppenauswanderungen aufeinander abgestimmt, so hat man die internationale Ordnung des Wanderungswesens, die vielleicht eines Tages platzgreifen wird. Das alles ist bereits eine Vorstufe der Chartered Company. Wird die Entwicklung bis zur privilegierten Handelsgesellschaft weitergetrieben, so entsteht mehr und mehr die so sehr wünschenswerte Dezentralisation der Weltrohstoffherzeugung. Wir haben gesehen, dass den von den imperialistischen Mächten erstrebten Monokulturzonen eine entgegengesetzte Bewegung auf seiten der kolonialen Völker entspricht, diese dezentralistische Gegenrichtung aber würde durch privilegierte Handelsgesellschaften unterstützt werden. In einer Welt sich abschliessender Staaten bleibt dem einzelnen Staat zunächst gar nichts anderes übrig als der Versuch, das Beschaffungsproblem wie das Preisproblem bei der Rohstofffrage auf eigene Faust zu lösen. Die Chartergesellschaften erlauben es, sich durch eigenen Anbau und eigene Ausbeutung von Rohstoffen monopolistischen Diktaten zu entziehen, ja, wenn die Rohstoffgewinnung gross ist, vermag man sogar den Weltmarktpreis zu beeinflussen. Auch wird eine genaue Durchforschung der Bonität der Erdoberfläche erweisen, dass das Privileg der Monokulturzonen sehr wohl durchbrochen werden kann, so hat sich z. B. schon gezeigt, dass die Sojabohne in den Vereinigten Staaten und in Kanada, ja in Rumänien und Bulgarien, die gleichen guten Bedingungen findet wie in der Mandschurei. Brasilien aber, das noch vor kurzem über keinen Überschuss an Baumwolle verfügte, hat seit 1932 seine Produktion derart gesteigert, dass 1935 bereits 200 000 Tonnen im Werte von fast 8 Millionen Goldpfunden, und zwar in vorzüglicher Qualität (die Faserlänge der Sao Paolo-Baumwolle ist überwiegend 28 mm) ausgeführt werden konnten. Die Regierung unterstützt in jeder Weise den Übergang der Plantagen von Kaffee auf Baumwolle, um die Kaffeemonokultur mehr und mehr einzuschränken. Es ist ja auch bekannt, dass der tropische Plantagenbau sehr schnell von einer Kultur auf die andere überspringt, entsprechend den Konjunkturschwankungen des Weltmarktes, wie etwa das Verschwinden des Kaffeebaus auf Ceylon zugunsten der Tee- und Kautschukkultur gezeigt hat.

Immerhin wird die Chartergesellschaft nur in beschränktem Masse das Rohstoffproblem lösen können. Entgegen den Hoffnungen Schachts wird sie für grosse Mächte nur selten in Frage kommen; diese werden sich weder selbst auf die Dauer mit der Handelsgesellschaft begnügen, noch auch wird die Welt ihnen das zutrauen. In der Regel wird sich jeder Staat hüten, gefährliche Grossmächte im Schafspelz der Handelsgesellschaft in seine Hürde einzulassen. Ausnahmen könnten einmal vorkommen, und vielleicht zählt der Fall Portugal-Deutschland dazu. Man könnte sich jedoch denken, dass kleinen Staaten wie der Schweiz, die keine Machtpolitik treiben, die Charterlösung eher gelänge. Eine Schweizer Chartergesellschaft, etwa in den portugiesischen Afrikakolonien, hätte auch einen Einspruch Englands sehr viel weniger zu befürchten als eine deutsche. Am wichtigsten würden für die Schweiz Charterversuche in Südbrasilien oder Argentinien sein. Jedenfalls wird sie künftig das gleiche Interesse daran haben wie andere Länder, dass koloniale Rohstoffgebiete innerhalb ihres eigenen Währungsbereiches liegen.

VII. Andere Möglichkeiten der Lösung

Wichtiger aber als die Charterlösung mit ihrem dubiosen Koloniersatz sind fünf andere Lösungen, die zum Schluss behandelt werden sollen: die Gesellschaftslösung, die Mandatslösung, die Gesamtafrikalösung, die partielle und die generelle Clearinglösung.

Die Gesellschaftslösung ist die Charterlösung in privater und internationaler Form, einer Form, bei der alle machtmässigen Momente beseitigt sind. Sie setzt eigentlich nur einen gewissen guten Willen von privater Seite und gewisse Anstösse einsichtiger Regierungen voraus. Hiernach wären internationale Gesellschaften zu gründen, in denen Beteiligungsplätze und Quoten für alle Staaten und nationalen Gruppen, die sich melden, offen gehalten werden. Das Vorbild ist die Iraq Petroleum Company, die das sogenannte Mossulöl produziert. Man hat hier fünf Quoten: eine von 5 Prozent für den Vorbesitzer, den Armenier Gulbekian, und vier vollkommen gleiche zu je 23,75 Prozent für die Royal Dutch Shell Company, die Anglo-Iranian Oil Company, die Standard Oil Company und eine französische Gruppe. Auf diese Weise hat namentlich das mit eigenem Erdöl schlecht versehene Frankreich einen wesentlichen Anteil an diesen ausgezeichneten Lagerstätten. Nicht weit davon sind die Felder der Mosul Oil Fields Ltd. gelegen, an der bis vor kurzem die italienische AGIP mit beinahe 50 Prozent beteiligt war, während der andere Teil der Aktien englischen, deutschen, französischen und holländischen Gruppen gehört. Auch eine Schweizer Gruppe war früher interessiert. Der italienische Anteil ist kürzlich an eine Gruppe veräussert worden, die der Iraq Petroleum Company nahesteht, die Italiener haben sich also von einem Unternehmen zurückgezogen, auf das sie anfänglich die grössten Hoffnungen gesetzt hatten. Man hat den Grund darin gesehen, dass eben doch solche Unternehmungen nur im Zusammenhang mit alten erfahrenen Grossgesellschaften reussieren könnten. Daraus hat man dann weiter geschlossen, dass der Monopolismus in der Erdölwirtschaft wie auch sonst auf dem Gebiete der Standardrohstoffe das beste

sei. In Wahrheit jedoch hat die italienische AGIP in diesem Falle auf Anweisung des italienischen Staates wohl nur günstige Verkaufschancen, die Devisen erbrachten, wahrgenommen und hat sich um so eher dazu verstanden, als das Öl der Mosul Ltd. dem der Iraq Company doch wohl nicht ganz gleichwertig ist. Natürlich müssen solche kleinen Rohstoffsyndikate sorgfältig organisiert sein, vor allem auch hinsichtlich der finanziellen Reserven. Geschieht das, so ist mit der methodischen Beteiligung des Kapitals der rohstoffhungrigen Staaten an internationalen Gesellschaften, einer Beteiligung, die von dem betreffenden Staate gedeckt wird, ein gangbarer Weg beschritten. Es liesse sich auch denken, dass solche Gesellschaften von einer Stelle, die der Völkerbund damit beauftragen würde, systematisch gegründet werden. Der Beitritt zu ihnen hätte prinzipiell genau so freizustehen wie der zu irgendeiner Aktiengesellschaft durch Kauf von Aktien und Aktienpaketen. Die einzige Einschränkung würde dahin gehen, dass keine nationale Gruppe mehr Anteil an der Gesellschaft haben dürfte als eine andere, damit jeglicher Majorisierung vorgebeugt wird. Wollte man das eine Bevorzugung der kleinen Staaten nennen, so könnte erwidert werden, dass grade zugunsten der Kleineren die Einrichtung gedacht ist.

Die Mandatslösung, Lösung zwei also, entspringt einem Gedanken, der für die mittelafrikanischen Mandatsländer seinen Ausdruck bereits in Art. 22, Abs. 5, des Völkerbündpactes gefunden hat. Dort wird vorgeschrieben, dass dem Gütertausch und Handel der anderen Bundesmitglieder die gleiche Möglichkeit der Betätigung gesichert sein muss. Für Mittelafrika hat hier die Kongokonferenz vorgearbeitet. Die Kongoakte von 1885 erklärte das gesamte Becken des Kongo und seiner Nebenflüsse einschliesslich Deutsch-Ostafrikas für neutral und setzte die vollständige Freiheit des Handels und der Schifffahrt für alle Nationen fest. Aber auch in die Mandatsverträge für Syrien, Libanon und Palästina sowie in Art. 9 des Vertrages zwischen Grossbritannien und dem König von Irak vom 10. Oktober 1922 ist das Verbot der wirtschaftlichen Diskrimination für alle Bundesmitglieder aufgenommen worden. Den Vereinigten Staaten wurde dann noch eine Sondervergünstigung zuteil, indem durch spezielle Vereinbarungen ihren Staatsangehörigen eine Gleichberechtigung mit denen der Völkerbundsmächte in den wichtigsten Mandatsländern gewährt wurde.

Nun ist häufig vorgeschlagen worden, das System der Offenen Tür in den Mandatsländern mit der Zeit auf die gesamte Kolonialwelt zu übertragen und so die rein nationale Kolonialpolitik zu verdrängen. Das wäre dann die Wiedergeburt des alten Gedankens, dass die Kolonien für alle da sind, nicht für einen. William E. Rappard, der über eine langjährige Praxis in der Mandatskommission des Völkerbundes verfügt, hat schon 1928 in einem Aufsatz «Zur Soziologie des Mandatsystems» in der «Zeitschrift für Politik» diesen Wunsch ausgesprochen. Rappard untersucht hier die Frage, ob denn wenigstens in den Mandatsländern die ökonomische Gleichberechtigung durchgeführt worden sei. Er weist auf die steigende Anzahl von Plantagen hin, die in den zentralafrikanischen, besonders britischen Mandatsgebieten in Besitz und unter der Ver-

waltung von Nichtangehörigen der Mandatarmacht, fast ausschliesslich Deutschen, stehen, und auch auf den zunehmenden Anteil der Nichtmandatarmächte am auswärtigen Handel der Mandatsgebiete. Immerhin nennt er als Beispiel, dass doch differenziert wird, das Posttarifsystem. Es hat sich herausgestellt, dass die meisten, wenn nicht alle, Mandatarmächte in ihren Mandatsgebieten ein Posttarifsystem in Kraft gesetzt haben, unter dem mit dem Mutterland billiger korrespondiert werden kann als mit dem übrigen Ausland, ein Beweis, dass schliesslich doch immer, auch bei dauernder internationaler Kontrolle, der tatsächliche Besitz eines Gebiets zu Sondervorteilen ausgenutzt wird. Überhaupt hat sich ja, können wir hinzufügen, im Zeitalter des Imperialismus auch der Begriff der Offenen Tür imperialistisch verfärbt. Der reine Begriff der Offenen Tür ist freihändlerisch, selbst aber England betrachtet heute das Freihandelssystem als für immer erledigt, man denke an Neville Chamberlains Rede auf dem konservativen Parteitag in Margate. Von den interessierten Nationen wird die Offene Tür nur als Vorstadium der Gewinnung einer Einflussphäre betrachtet. So hat auch im Kongostaat niemals eigentlich Offene Tür geherrscht. Der geschäftstüchtige Leopold II. hat ihn exploitiert und hat Konzessionen verteilt, ohne sich viel um Prinzipien zu kümmern. Neben Mittelfrika sind Marokko und China die beiden bedeutsamsten Felder der Offenen-Tür-Politik gewesen; in beiden Fällen aber gelang es den am meisten Interessierten, sich grade durch die Offene Tür machtässig zu stabilisieren, Frankreich in Marokko nach Vereinbarung mit England und geopolitisch durch die Nähe des Landes zu seinem nordafrikanischen und westafrikanischen Kolonialbesitz, Japan in China trotz des Washingtoner Neunmächtevertrages durch die Ausnutzung des chinesischen Bürgerkrieges und ebenfalls durch seine räumliche Nähe. In den Mandatsgebieten besteht ja nun wenigstens eine ständige Kontrolle durch die Mandatskommission des Völkerbundes, aber da der Völkerbund in den letzten Jahren seine Macht und Bedeutung gewiss nicht vermehrt hat, ist auch die Mandatskommission schwächer geworden. Die Schwierigkeiten der Mandatslösung, erst recht der global erweiterten Mandatslösung, sind also enorm, immerhin ist hier doch bereits ein Anfang gemacht worden, genau wie im Falle der Gesellschaftslösung.

Die Afrikalösung konzentriert den Gedanken der Offenen Tür auf Afrika und ist insoweit kleiner als die globale Idee der Offenen Tür, ist aber insofern wieder weit umfassender, als der Ausgangspunkt von der Gesamtheit der europäischen Völker genommen wird. Afrika für Europa, im Rahmen dieser sich deutlich abzeichnenden Entwicklung bewegt sich die Afrikalösung. Asien wird seine eigenen Wege gehen, einmal, weil ihm in Japan eine Vormacht ersten Ranges erwachsen ist, dann aber auch, weil sich die anderen asiatischen Kulturnationen allmählich auf ihre alten Überlieferungen besinnen und damit eine Freiheitsbewegung entfalten. Europa kann in Asien nur verlieren, nicht gewinnen, Afrika dagegen ist seine wahre Ergänzung, Afrika mit seinen ungeheuren Bodenschätzen und Wasserkraften, mit seinem sich immer ausdehnenden Plantagenbau und seinen für europäische Siedlung geeigneten Hochländern. Man darf sagen, dass eine Einigung Europas in irgendeiner Form eine europäische

Kolonisation Afrikas in irgendeiner Form, erfordert, ja vielleicht sogar voraussetzt. Würden sich nämlich die europäischen Mächte zu einer gemeinsamen Kolonisation Afrikas zusammentun, so könnte das eine gesunde Basis abgeben auch für ein europäisches Zusammenwirken, schon weil dann die gefährliche Labilität des kolonialen Besitzstandes beseitigt wäre. Der französische Kolonialpolitiker E. L. Guernier, ein alter Mitarbeiter Marschall Lyauteys, hat in einem vor kurzem erschienenen Buch «L'Afrique, Champ d'Expansion de l'Europe» berechnet, dass von der Einfuhr nach Afrika, 82,4 Prozent auf Europa entfallen; der afrikanische Export sei noch viel stärker auf Europa angewiesen, denn Afrika führe 89,7 Prozent seiner Erzeugnisse nach Europa aus. Guernier will das gemeinsame Programm vor allem auf Häfen, einheitliche Verkehrsverbindungen, Telephon- und Telegraphenlinien, ein Netz drahtloser Stationen, Nutzbarmachung der Wasserkräfte für Bewässerung und Elektrifizierung erstrecken, in erster Reihe aber käme doch eine einheitliche Rohstoffbeschaffung in Frage.

Die letzten beiden Lösungen: partielles und generelles Clearing. Unter partiellem Clearing sei ein reines Rohstoffclearing verstanden, unter generellem Clearing das totale Clearing, wie es soeben der bekannte österreichische Staatsmann und Wirtschaftsfachmann Richard Riedl, früher langjähriger Gesandter Österreichs in Berlin, in einer Schrift «Aussenhandel und Währungsschutz» (Österreichischer Wirtschaftsverlag) empfohlen hat. Auch in dem Huttonschen Projekt eines Welthandelsklubs ist uns schon der Zahlungsausgleich begegnet. Grundgedanke des Riedlschen Plans ist eine völlige Vereinheitlichung der handelspolitischen und währungspolitischen Seite der internationalen Warenbewegung durch Verzicht auf Bezahlung in fremden Währungen oder in Gold und Übergang auf ein Verrechnungssystem. Auf die Einzelheiten kann hier nicht eingegangen werden, erwähnt sei nur, dass in jedem Lande besondere Exportkreditbanken in engster Anlehnung an die Zentralbanken geschaffen werden sollen und dass die Zahlung durch Kompensation der gegenseitigen Forderungen der Exportbanken zu geschehen hätte. Der Exporteur würde Bezahlung für seine Waren sofort nach erfolgter Lieferung bei der Exportbank seines Landes erhalten. Durch Spezialmassnahmen sollen die Spitzen ausgeglichen werden. Verträge zwischen den einzelnen Ländern sollen die denkbar grösste Bewegungsfreiheit für die Waren jedes Landes garantieren.

Das partielle Clearing ist bescheidener und denkt, wie gesagt, nur an ein Rohstoffclearing. Aber diese Lösung will den Banken, genauer einer grossen internationalen Bank, die unter Oberverantwortung von Genf arbeiten könnte (vielleicht auch dem Sekretariat der Internationalen Handelskammer), nicht nur eine passive, sondern eine sehr aktive Rolle zuweisen. Diese internationale Bank müsste die verantwortungsvolle Leitung in sich vereinen, die Leitung im eigentlichen Sinne des Wortes: die Heranleitung der Rohstoffe und die Weiterleitung an die Interessenten. Es würde sich um Zusammenführung von Angebot und Nachfrage auf dem Rohstoffmarkt handeln, um eine Überhöhung der vielerlei einzelnen Rohstoffbörsen, aber doch um weit mehr als eine Börse. Während die Börse sich damit begnügt, Angebot und Nachfrage auszu-

gleichen, müsste hier das Angebot hervorgehoben werden. Und während die Börse eine Zusammenkunft von Privatleuten ist, wären hier Käufer und Verkäufer die Staaten oder halboffizielle, von den Staaten beauftragte Gesellschaften. Ein wesentlicher Unterschied zur Börse bestünde auch im Preis. Die Institution der Börse, die Börse als solche, ist völlig uninteressiert an Hausse oder Baisse. Und nur der Preis, wie er sich aus Nachfrage und Angebot ergibt, nicht der gerechte Preis, fällt unter ihre Aufgaben. Die Rohstoffverwertungszentrale aber dieser internationalen Bank hätte zugleich insofern eine Preisprüfungsstelle zu sein, als sie wucherische Angebote mit überschraubten, Notlagen ausnutzenden Preisen zurückzuweisen oder zu mildern hätte. Dasselbe hätte bei preisdrückerischer Nachfrage zu geschehen. Die Aufgabe wäre also nicht nur organisatorischer, sondern auch regulierender Natur.

Das Problem der gerechten Preise im Aussenhandel ist in letzter Zeit viel diskutiert worden, vor allem in Deutschland. Da das Reich sich für ein möglichst hohes Devisenaufkommen interessieren muss, hat man, um willkürliche Unterbietungen zu verhindern, eine Prüfung der Ausfuhrerlöse organisiert. Aber auch verschiedene industrielle Gruppen haben ihrerseits das Preisniveau durch Festlegung von Mindestpreisen zu stabilisieren gesucht. In der Theorie ist ja auch jeder Kartellpreis der Versuch eines gerechten Preises, und es ist auch nicht zu verkennen, dass z. B. bei der allmählichen Auflockerung der Kautschukrestriktion in der letzten Zeit doch auch an die Interessen des Verbrauchers gedacht worden ist. Das Internationale Komitee betrachtet einen Gummipreis von 8 d als angemessen und wehrt sich gegen eine spekulative Kautschukhausse; man hat eben aus der Vergangenheit gelernt, dass plötzlich aufschnellende Preise sehr bald zurückzusinken pflegen und eine allgemeine Marktunsicherheit hinterlassen, von den bereits erwähnten Gefahren hoher Kartellpreise nicht zu reden. Selbst das Kupferkartell will die ausserordentlich günstige Konjunktur nicht in unvernünftiger Weise ausnützen; es hat, nachdem es vorher zu wiederholten Malen eine Quotenerhöhung hatte eintreten lassen, Anfang November 1936 die Gewinnung mit einem Sprung von 95 % auf 105 % der Grundquote erhöht und wird vielleicht die Produktion für eine gewisse Zeit völlig freigeben. Man sieht, dass die Produzenten in Befolgung der Lehren der Vergangenheit bereits auf dem Marsche zu einer vernünftigen Preispolitik sind, wenn auch noch viel getan werden könnte, um spekulative Auswüchse zu verhindern. Würde nun einer internationalen Rohstoffverwertungszentrale die Aufstellung gerechter Richtpreise im Welthandel gelingen, so wäre zugleich ein wesentlicher Schritt in der Entgiftung der internationalen Kartelle getan. Damit die Zentrale von vornherein für die Preisbemessung ihren bestimmten Rahmen hat, ist die Preisbildung der einzelnen Börsen nach wie vor notwendig, ja die Börsen gewinnen dann erst recht Bedeutung als territoriale Preisbildungsstellen, die jede Willkür der Zentrale ausschliessen. Während so für normale Zeiten jede Politik, jede Bevorzugung oder Benachteiligung auszuschalten hätte, könnte das Institut bei internationalen Konflikten, insbesondere bei Völkerbundssanktionen, um so energischer auf der friedenwährenden Seite eingreifen, ja solche Sanktionen würden nach Gründung

der Zentrale erst eigentlich möglich und wirksam. Man könnte auch die von Sir Thomas Holland in der Zeitschrift des Royal Institute of International Affairs empfohlene internationale Kontrolle der seltenen Spezialmetalle zur Herstellung von Edeltählen, eine Aufsicht, die das Kriegspotential der einzelnen Mächte wirksam beschränken soll, sehr gut dieser Rohstoffzentrale anvertrauen.

Das zweiseitige Clearing von heute leidet, wie sich in der Praxis gezeigt hat, an schwersten Mängeln: die Waren werden viel zu teuer in die Verrechnung eingestellt, eine Überteuering erfolgt auch durch zu hochgehaltene Aussenwährungen, der rohstoffliefernde Ausfuhrstaat bleibt an Exportspitzen hängen oder muss sich den Ausgleich durch zum Teil überflüssige Waren des Importlandes gefallen lassen, schliesslich erfolgt die Bezahlung viel zu spät. Ein Kollektivclearing, aber eines, das sich zunächst klug auf Rohstoffe beschränkte, und das zugleich mehr wäre als nur ein passives Verrechnungssystem, könnte die Zukunft für sich haben. Im Sinne unserer Rohstoffdefinition würden davon nicht nur tropische und subtropische Rohstoffe, sondern auch die der gemässigten Zonen betroffen, vielleicht sogar ein Rohstoff in übertragenem Sinne wie Schrott, so dass wahrhaft ein Austausch zwischen Europa und Übersee stattfindet, wobei unter Übersee Kolonien wie souveräne Staaten verstanden sind. Hier scheint ein Weg zur Milderung der weltpolitischen Spannungen und zum Überflüssigwerden des Hungers nach Kolonien gegeben zu sein. Und erst wenn so von der Rohstoffseite her die Spannungen gelockert sind, können wohl noch grössere Ziele in Angriff genommen werden: Beseitigung des Wirtschaftsnationalismus, der Zollhindernisse und der Währungsanarchie, der Hauptübel der heutigen weltwirtschaftlichen Lage, wie erst kürzlich der Bericht des Wirtschaftsausschusses des Völkerbundes betont hat. Der Hochweg also scheint ein dreifach gestufter zu sein: Abbau der Rohstoffschwierigkeiten, Beseitigung der ärgsten Kriegsgefahr und zum Schluss dann auch der allgemeine Wirtschafts- und Währungsfrieden.

Die umgekehrte Reihenfolge: zunächst die internationale Währungsstabilisierung und dann alles Übrige, die Reihenfolge, die augenblicklich im Vordergrund steht, scheint geringeren Erfolg zu versprechen. Von dem sogenannten Währungsblock Angelsächsische Mächte-Frankreich, der bis jetzt eine Vereinbarung über die Bedingungen der gegenseitigen Goldabgabe gezeitigt hat, sollte man, auch nach seiner Erweiterung durch Belgien, die Schweiz und durch Holland, nicht zu viel erwarten. Zu einer umfassenden Währungsstabilisierung ist die Zeit noch nicht reif, weil noch politisch allzu grosse Klüfte bestehen und damit überall das kriegswirtschaftliche Moment vorherrscht. Die Währung ist doch eine Funktion der Wirtschaft — man vergisst das leider zu oft und betrachtet die Währung allzu isoliert, deshalb auch die dauernden währungspolitischen Eingriffe —, und so werden die Währungen und die Devisenzwangswirtschaften erst wirklich in Ordnung kommen, wenn Weltwirtschaft und Weltpolitik geordnet sind. Das aber heisst, dass das Rohstoffproblem nicht gegenüber dem Währungsproblem zurückgestellt werden darf. Ja, man sollte hier besonders rasche Arbeit tun, denn hinter dem Rohstoffproblem erhebt sich die Frage des Friedens. Dass grade England ebenfalls

dieser Meinung ist, beweist sein Antrag auf der Herbsttagung 1936 des Völkerbundes auf Einsetzung einer Sonderkommission zur Prüfung der Rohstofffrage, die sich aus Mitgliedern des Wirtschaftskomitees und des Finanzkomitees und aus anderen geeigneten Persönlichkeiten, gleichviel welcher Nationalität, zusammensetzen soll. Der Völkerbundsrat soll diese Kommission bilden. Im einzelnen lautet der englische Antrag:

«The Assembly,

Considering that the time has now arrived when discussion of and enquiry into the question of equal commercial access for all nations to certain raw materials might usefully be undertaken with the collaboration of the principal States, whether Members or non-members of the League, having a special interest in the matter:

Decides to request the Council, when it thinks fit, to appoint a Committee composed, in suitable proportions of members of the Economic and Financial Committees of the League of Nations together with other qualified persons, irrespective of nationality, to undertake the study of this question and report thereupon;

Recognises that the choice of the raw materials to be considered should be at the discretion of the body thus appointed;

Believes that the participation in the work of the Committee of nationals of the non-member as well as Member States specially interested would be desirable;

Suggests that the Council should give attention to this consideration in reaching its decision;

And instructs the Secretary-General to communicate the present resolution to the Governments of non-member States.»

Der Antrag fand die Billigung der Assemblée. Die Sonderkommission wird wahrscheinlich im Januar 1937 vom Conseil ernannt werden, über ihre Zusammensetzung wird zurzeit (November 1936) verhandelt. Der britische Schatzkanzler Neville Chamberlain berichtete am 6. November 1936 im Unterhaus, der Generalsekretär des Völkerbundes habe den Nichtmitgliedstaaten, unter Beifügung der Resolution, mitgeteilt, ihre Beteiligung am Ausschuss sei erwünscht, sie hätten aber, soviel die englische Regierung wisse, bisher nicht geantwortet. Die erste Tagung der Sonderkommission ist für den Februar 1937 geplant.
